

Befragung in Deutschland

im Auftrag des INSM

Februar 2026

The logo for INSA CONSULERE features the word "INSA" in a large, bold, red sans-serif font, with the word "CONSULERE" in a smaller, bold, blue sans-serif font directly below it. To the left of the text is a solid blue vertical bar. The logo is positioned on the left side of a horizontal bar that consists of a red upper section and a blue lower section.

INSA
CONSULERE

Feldzeit:

09.02. – 10.02.2026

Methodik:

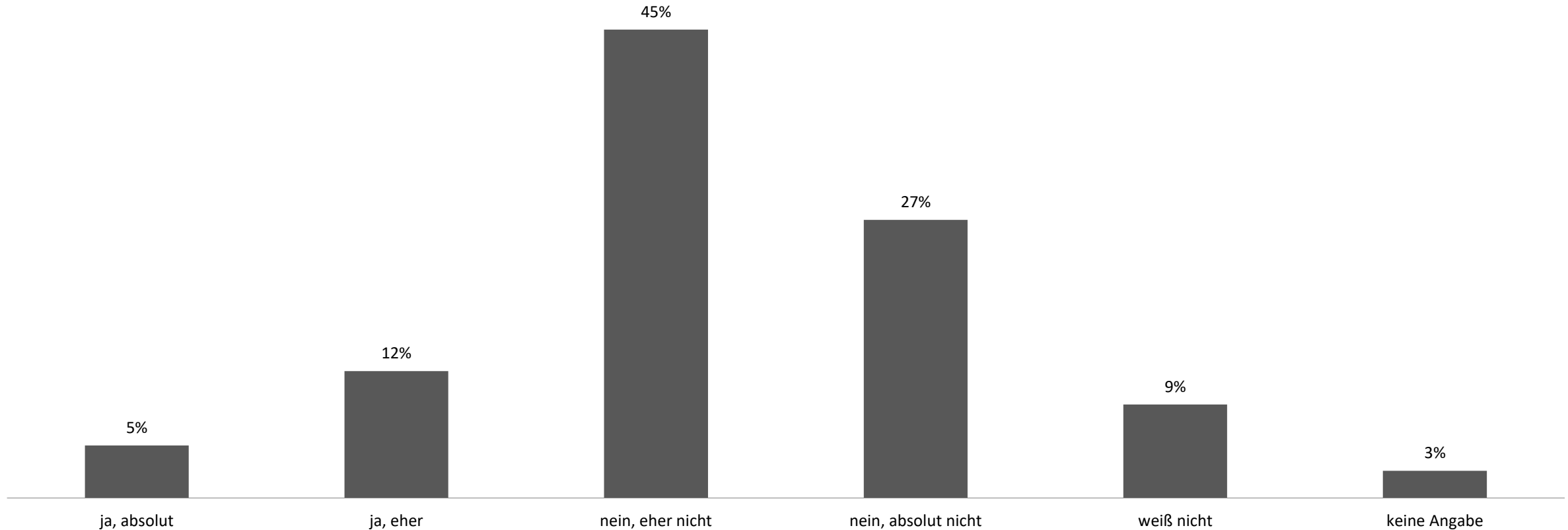
Die Umfrage wurde als Online- Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon Befragung *INSA-Perpetua Demoscopia*.

Stichprobe:

1.000 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Laut der Studie „Klimapfade 2.0“ des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Boston Consulting Group (BCG) sind bis 2030 zusätzliche Investitionen von rund 860 Mrd. Euro nötig, also im Schnitt etwa 100 Mrd. Euro pro Jahr, wenn Deutschland seine Klimaschutzziele 2030 erreichen will.

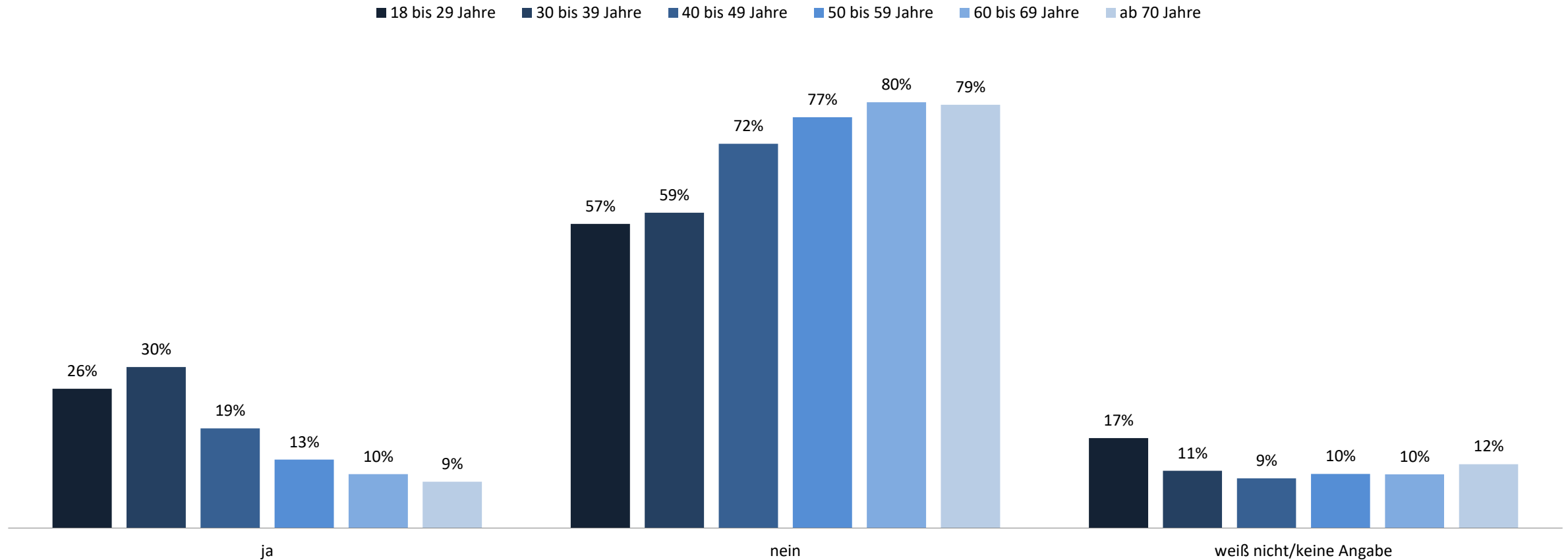
Halten Sie es unter diesem Gesichtspunkt für realistisch, dass Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2030 erreichen wird?



Die absolute Mehrheit von 72 Prozent der Befragten (kumuliert) hält es für eher (45 %) oder absolut nicht realistisch (27 %), dass Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2030 erreichen wird. 17 Prozent (kumuliert) finden dies wiederum eher (12 %) oder absolut (5 %) realistisch. Neun Prozent können und drei Prozent wollen diese Frage nicht beantworten.

Laut der Studie „Klimapfade 2.0“ des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Boston Consulting Group (BCG) sind bis 2030 zusätzliche Investitionen von rund 860 Mrd. Euro nötig, also im Schnitt etwa 100 Mrd. Euro pro Jahr, wenn Deutschland seine Klimaschutzziele 2030 erreichen will.

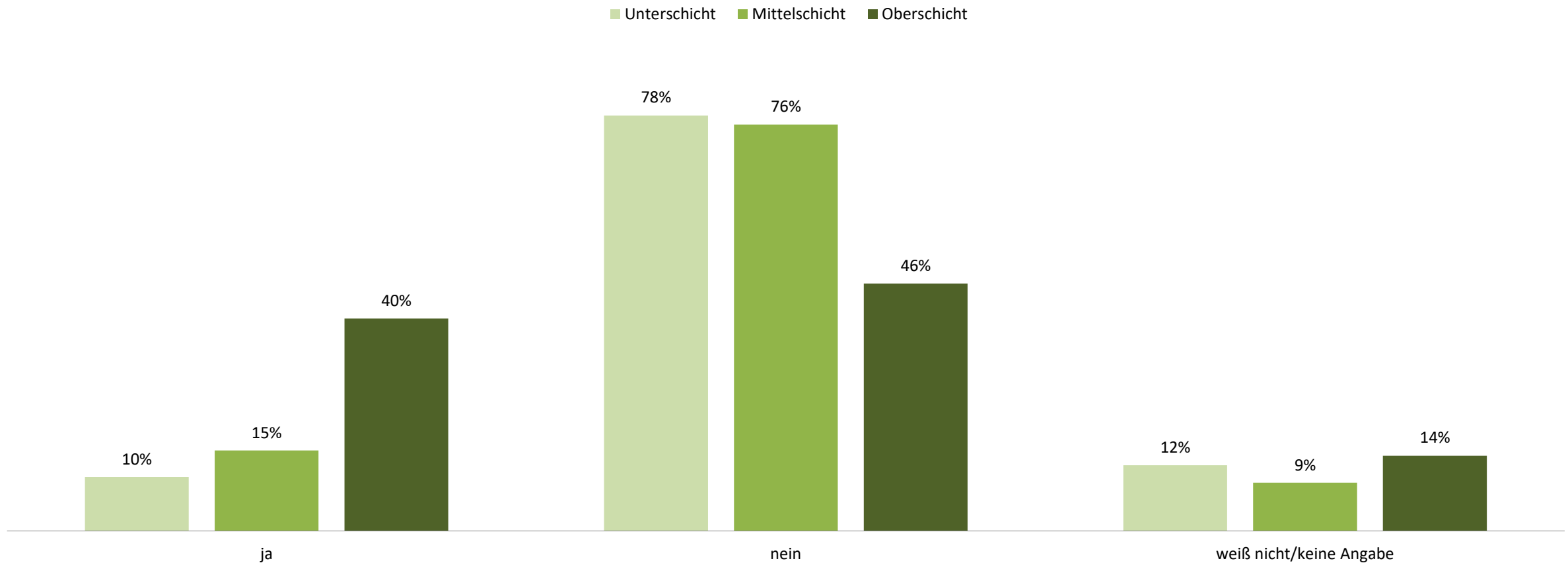
Halten Sie es unter diesem Gesichtspunkt für realistisch, dass Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2030 erreichen wird?



Auch wenn über sämtliche Altersgruppen hinweg der Anteil derjenigen überwiegt, welche hier verneinen, steigt dieser mit dem Alter von 57 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen bis auf 80 Prozent bei den 60- bis 69-Jährigen bzw. 79 Prozent bei den ab 70-Jährigen an. Der umgekehrte Verlauf zeigt sich hingegen bei den Befragten, welche hier bejahen (von 26 bzw. 30 auf 9 %).

Laut der Studie „Klimapfade 2.0“ des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Boston Consulting Group (BCG) sind bis 2030 zusätzliche Investitionen von rund 860 Mrd. Euro nötig, also im Schnitt etwa 100 Mrd. Euro pro Jahr, wenn Deutschland seine Klimaschutzziele 2030 erreichen will.

Halten Sie es unter diesem Gesichtspunkt für realistisch, dass Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2030 erreichen wird?

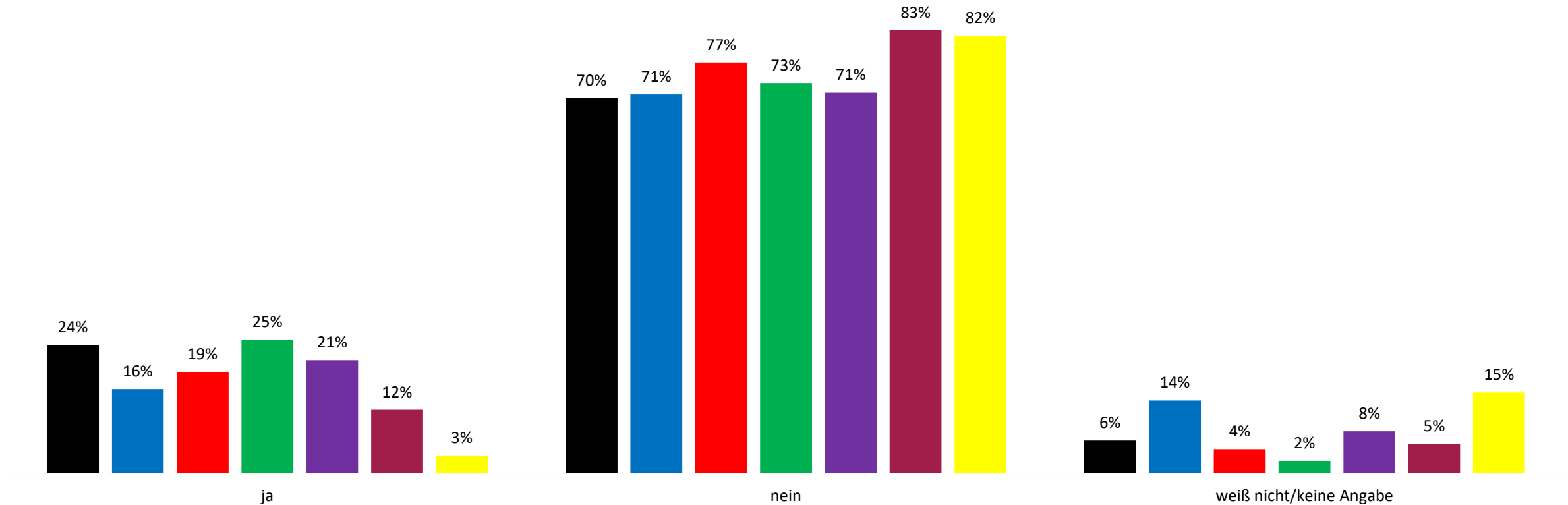


Alle sozioökonomischen Gruppen verneinen in dieser Frage jeweils mehrheitlich, wobei dies Befragte der Oberschicht relativmehrfach und somit deutlich seltener als jene der Unter- sowie der Mittelschicht so angeben, bei welchen dies jeweils absolutmehrfach der Fall ist (46 zu 78 bzw. 76 %). Oberschichtler bejahen hier entsprechend deutlich öfter (40 zu 10 bzw. 15 %).

Laut der Studie „Klimapfade 2.0“ des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Boston Consulting Group (BCG) sind bis 2030 zusätzliche Investitionen von rund 860 Mrd. Euro nötig, also im Schnitt etwa 100 Mrd. Euro pro Jahr, wenn Deutschland seine Klimaschutzziele 2030 erreichen will.

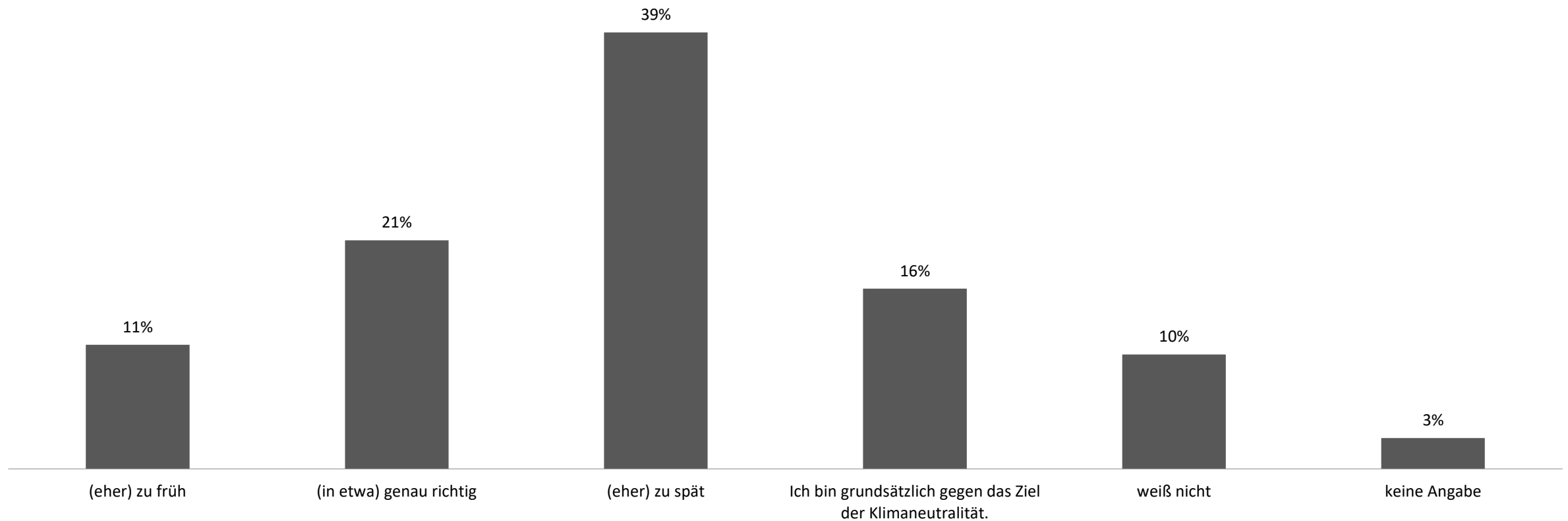
Halten Sie es unter diesem Gesichtspunkt für realistisch, dass Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2030 erreichen wird?

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*



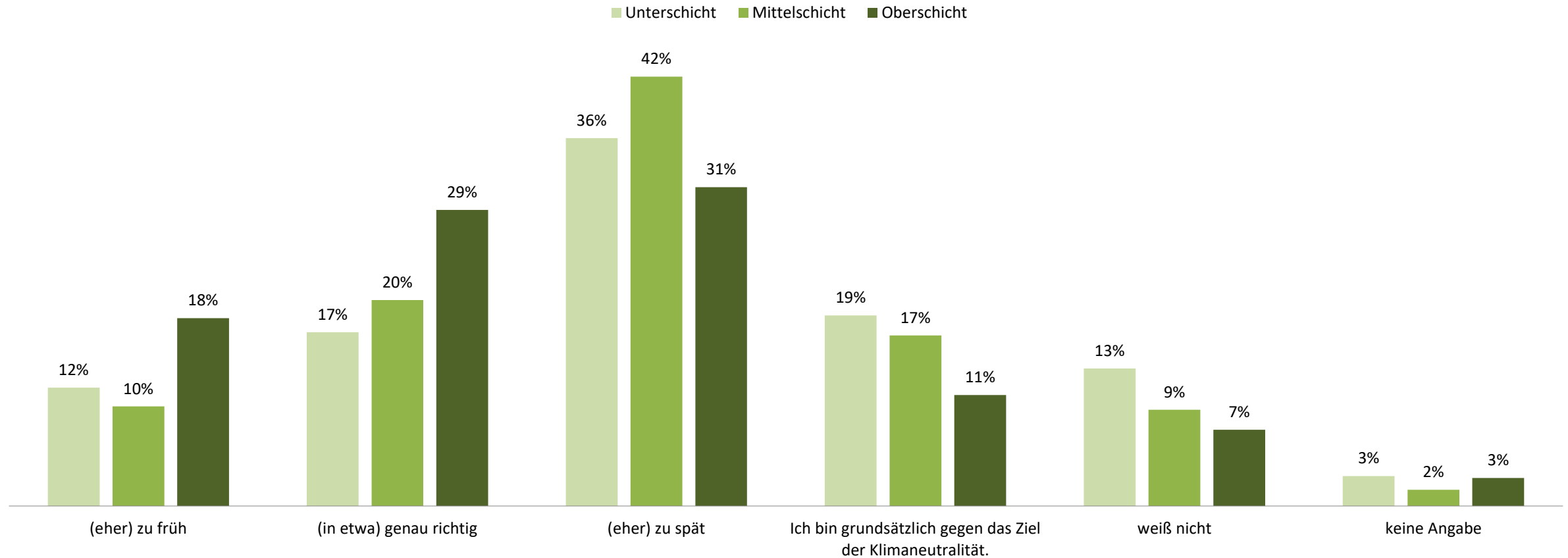
Dass Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2030 verfehlen wird, glauben alle Wählergruppen jeweils absolut-mehrheitlich (70 – 83 %).

Die EU hat sich als Ziel gesetzt bis 2050 klimaneutral zu werden. Ist das Ihrer Meinung nach (eher) zu früh, zu spät oder (in etwa) genau richtig?



Die relative Mehrheit von 39 Prozent der Umfrageteilnehmer ist der Meinung, dass das Erreichen der Klimaziele bis 2050 (eher) zu spät ist. Gut ein Fünftel (21 %) hält es für (in etwa) genau richtig und elf Prozent für (eher) zu früh. Weitere 16 Prozent sind grundsätzlich gegen das Ziel der Klimaneutralität. Zehn Prozent können und drei Prozent wollen sich hierzu nicht positionieren.

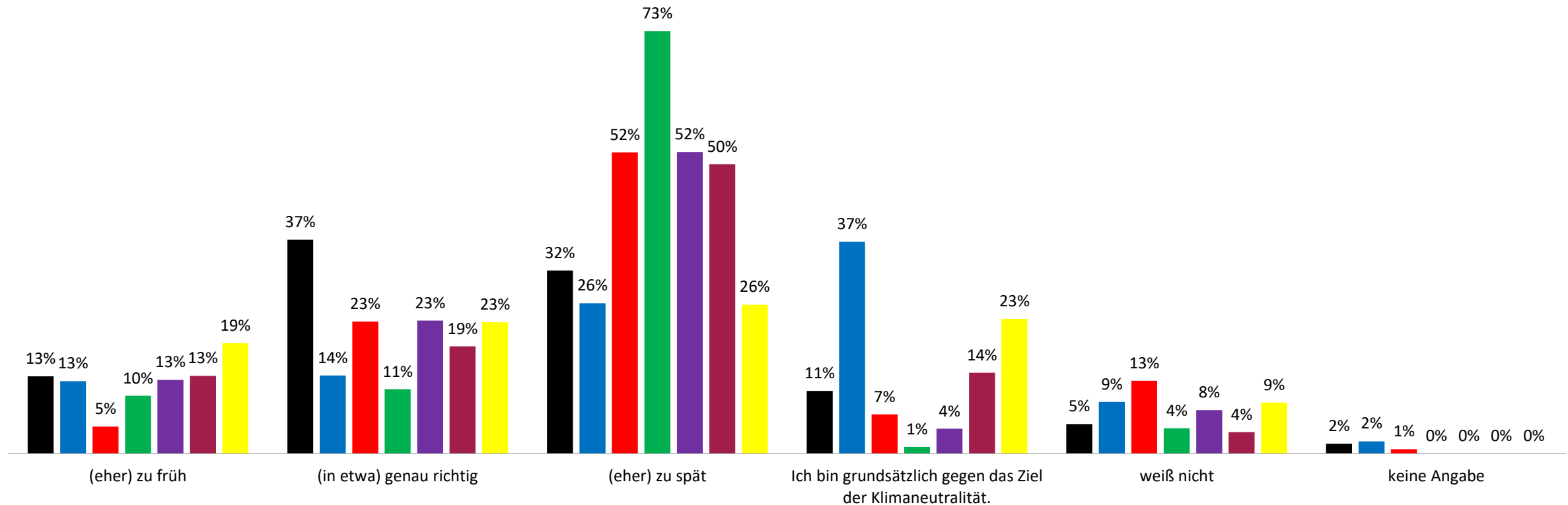
Die EU hat sich als Ziel gesetzt bis 2050 klimaneutral zu werden. Ist das Ihrer Meinung nach (eher) zu früh, zu spät oder (in etwa) genau richtig?



Sowohl Befragte der Unter- als auch der Mittelschicht halten es (eher) für zu spät, dass die EU sich als Ziel gesetzt hat, bis 2050 klimaneutral zu werden (36 bzw. 42 %). Befragte der Oberschicht sind sich diesbezüglich uneins (31 % zu spät, 29 % genau richtig). Sie geben öfter als die beiden anderen Gruppen an, dass sie es genau richtig finden (29 zu 17 bzw. 20 %) sowie, dass sie es als zu früh erachten (18 zu 12 bzw. 10 %). Mit steigendem sozioökonomischen Status sinkt der Anteil an Befragten, welche grundsätzlich gegen das Ziel der Klimaneutralität sind (von 19 auf 11 %) sowie keine Antwort wissen (von 13 auf 7 %).

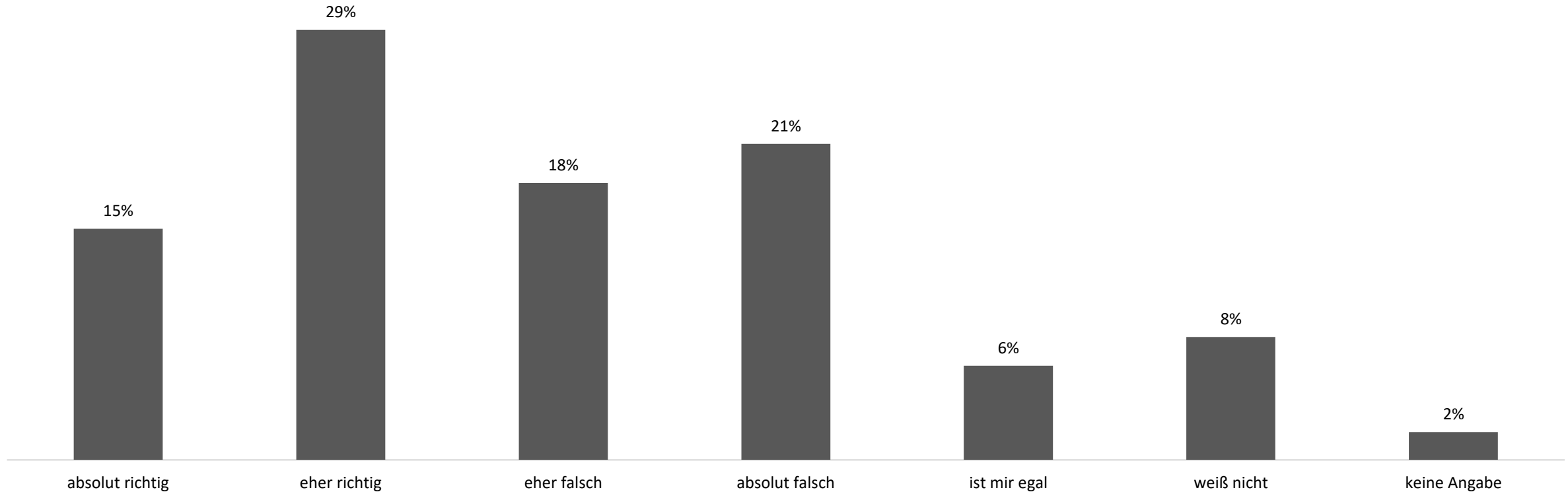
Die EU hat sich als Ziel gesetzt bis 2050 klimaneutral zu werden. Ist das Ihrer Meinung nach (eher) zu früh, zu spät oder (in etwa) genau richtig?

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*



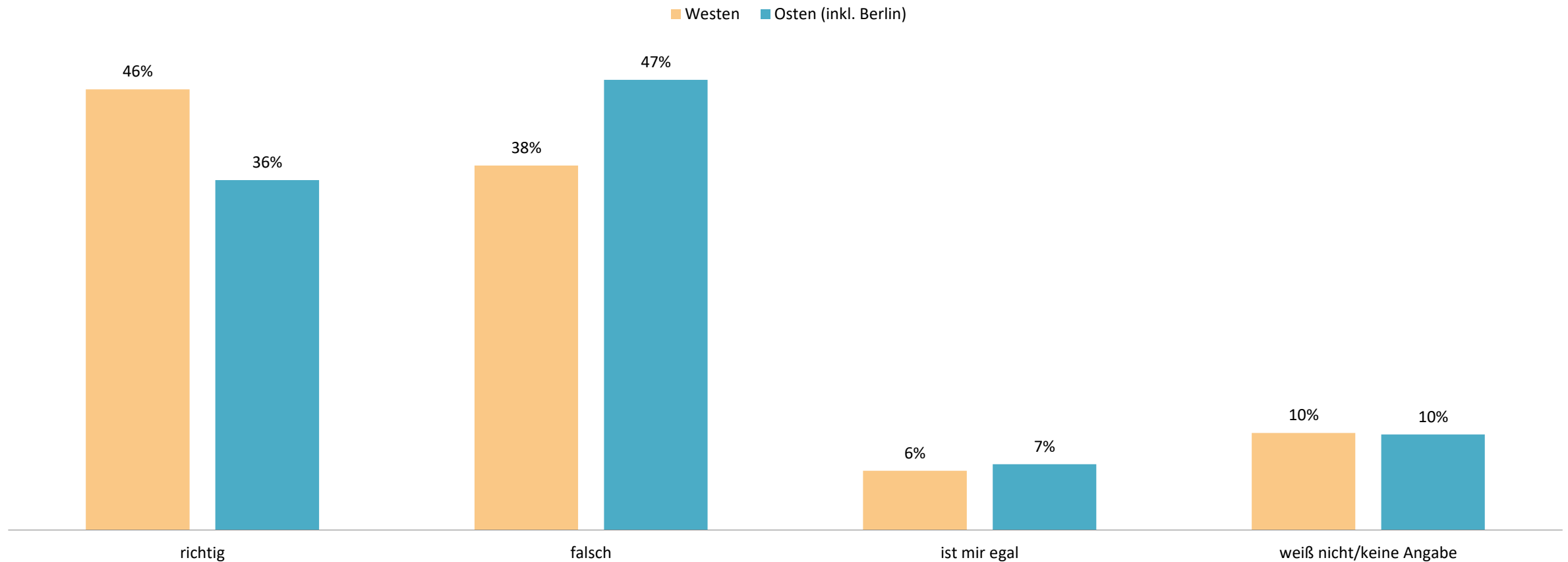
CDU/CSU-Wähler finden das Ziel der Klimaneutralität bis 2025 relativ-mehrheitlich genau richtig (37 %). AfD-Wähler sind relativ-mehrheitlich grundsätzlich gegen das Ziel der Klimaneutralität (37 %). Die anderen Wählergruppen halten es jeweils zumindest relativ-mehrheitlich für zu spät, wobei dieser Anteil bei Wählern der Grünen (73 %) deutlich am höchsten und bei jenen der FDP* (26 %) deutlich am geringsten ausfällt (Rest: 50 – 52 %).

Wie bewerten Sie es, dass Deutschland schneller als der Rest der EU klimaneutral werden will (2045 statt 2050)?



Die relative Mehrheit von 44 Prozent der Befragten (kumuliert) bewertet es als eher (29 %) oder absolut richtig (15 %), dass Deutschland schneller als der Rest der EU klimaneutral werden will (2045 statt 2050). 39 Prozent (kumuliert) finden dies hingegen eher (18 %) oder absolut falsch (21 %). Sechs Prozent ist dieses Anliegen egal, acht Prozent wissen es nicht und zwei Prozent machen hierzu keine Angabe.

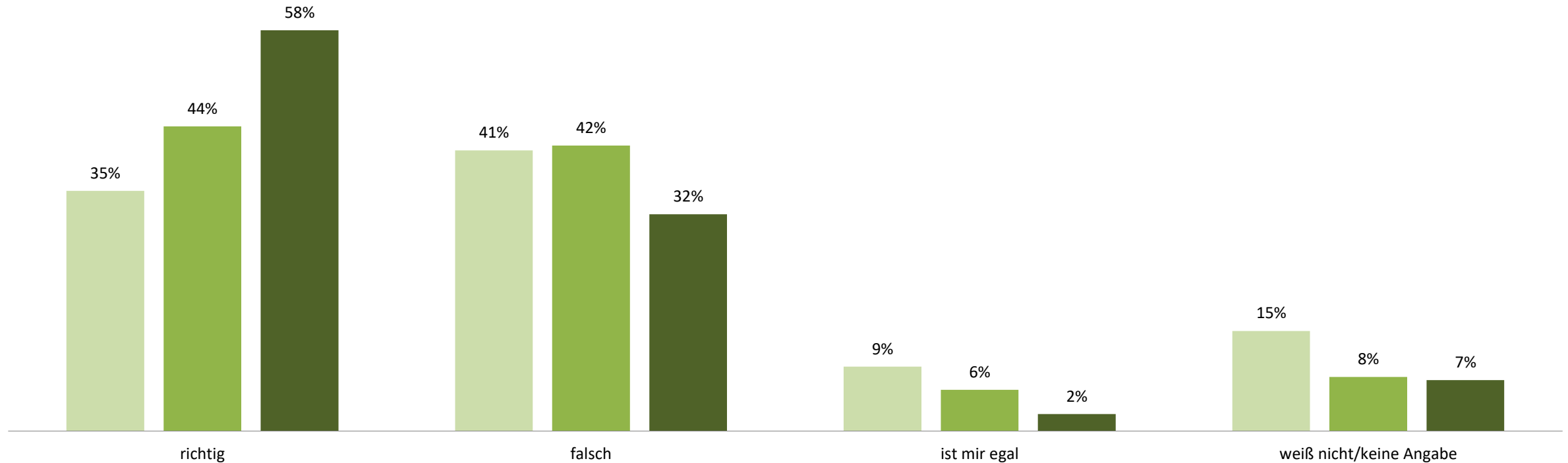
Wie bewerten Sie es, dass Deutschland schneller als der Rest der EU klimaneutral werden will (2045 statt 2050)?



Befragte aus dem Osten Deutschlands finden es relativ-mehrheitlich und somit öfter falsch, dass Deutschland schneller als der Rest der EU klimaneutral werden will (47 zu 38 %). Befragte aus dem Westen halten es wiederum relativ-mehrheitlich und entsprechend deutlich häufiger für richtig (46 zu 36 %).

Wie bewerten Sie es, dass Deutschland schneller als der Rest der EU klimaneutral werden will (2045 statt 2050)?

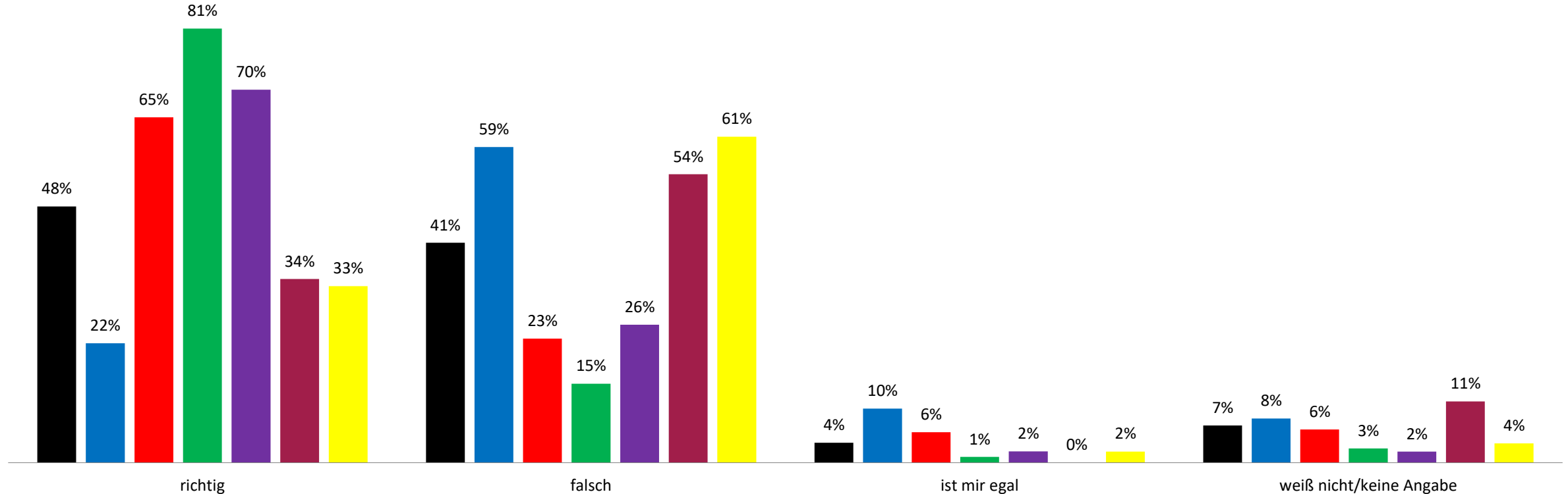
■ Unterschicht ■ Mittelschicht ■ Oberschicht



Mit dem sozioökonomischen Status steigt der Anteil derer, welche es als richtig bewerten, dass Deutschland schneller als der Rest der EU klimaneutral werden will, von 35 Prozent bei den Unterschichtlern bis auf 58 Prozent bei den Oberschichtlern. Letztere halten es indes am seltensten für falsch (32 zu 41 bzw. 42 %). Der umgekehrte Verlauf findet sich bei jenen, welchen dieses Anliegen egal ist (von 9 auf 2 %). Befragte der Unterschicht können oder wollen diese Frage am häufigsten nicht beantworten (15 zu 8 bzw. 7 %).

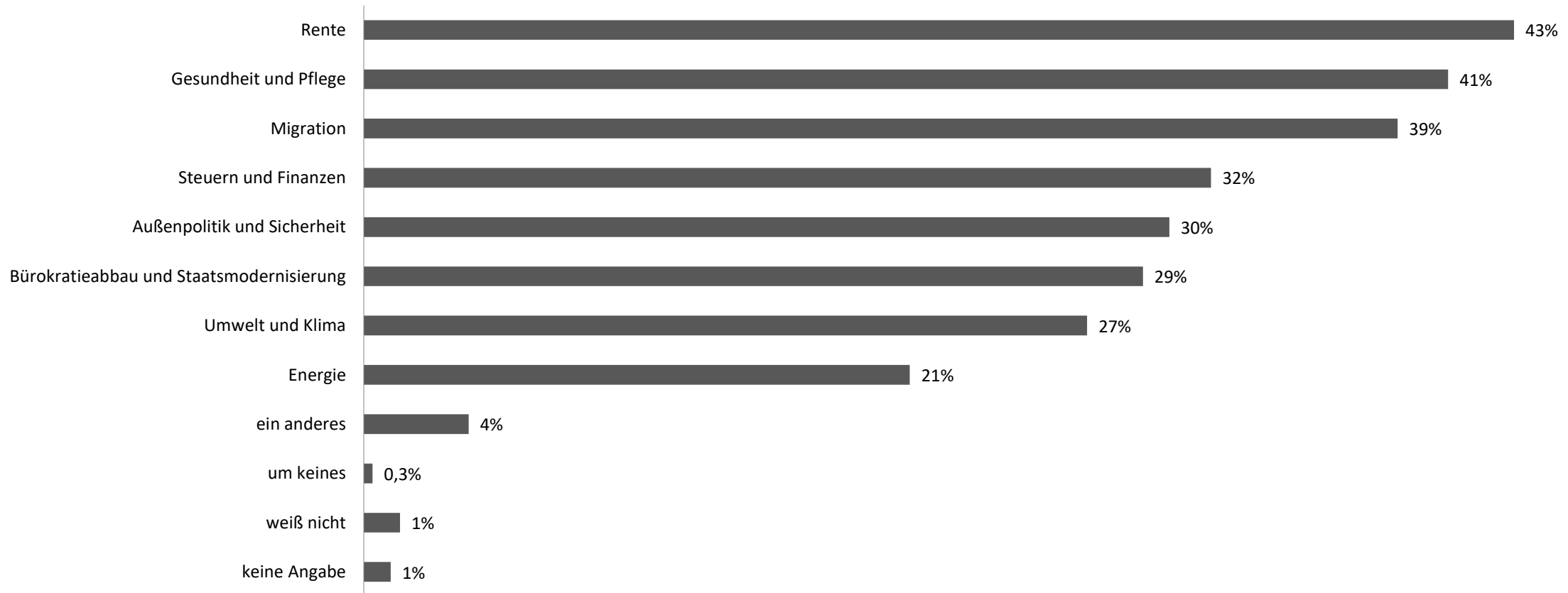
Wie bewerten Sie es, dass Deutschland schneller als der Rest der EU klimaneutral werden will (2045 statt 2050)?

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*



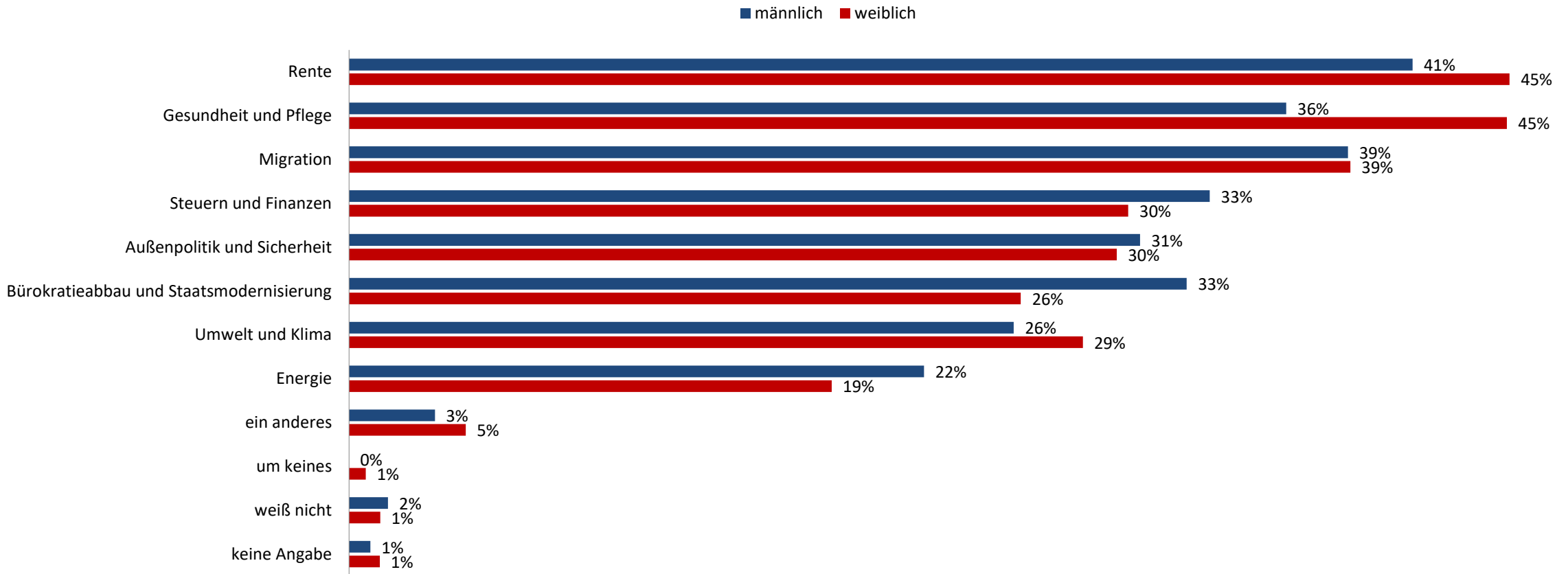
Wähler der CDU/CSU (48 %), der SPD (65 %), der Linkspartei (70 %) sowie der Grünen (81 %) bewerten es jeweils mindestens relativ-mehrheitlich als richtig, dass Deutschland schneller als der Rest der EU klimaneutral werden will, während Wähler des BSW* (54 %), der AfD (59 %) sowie der FDP* (61 %) jeweils absolut-mehrheitlich das Gegenteil angeben.

Um welche drei Themen sollte sich die Politik in Deutschland Ihrer Meinung nach am stärksten kümmern?



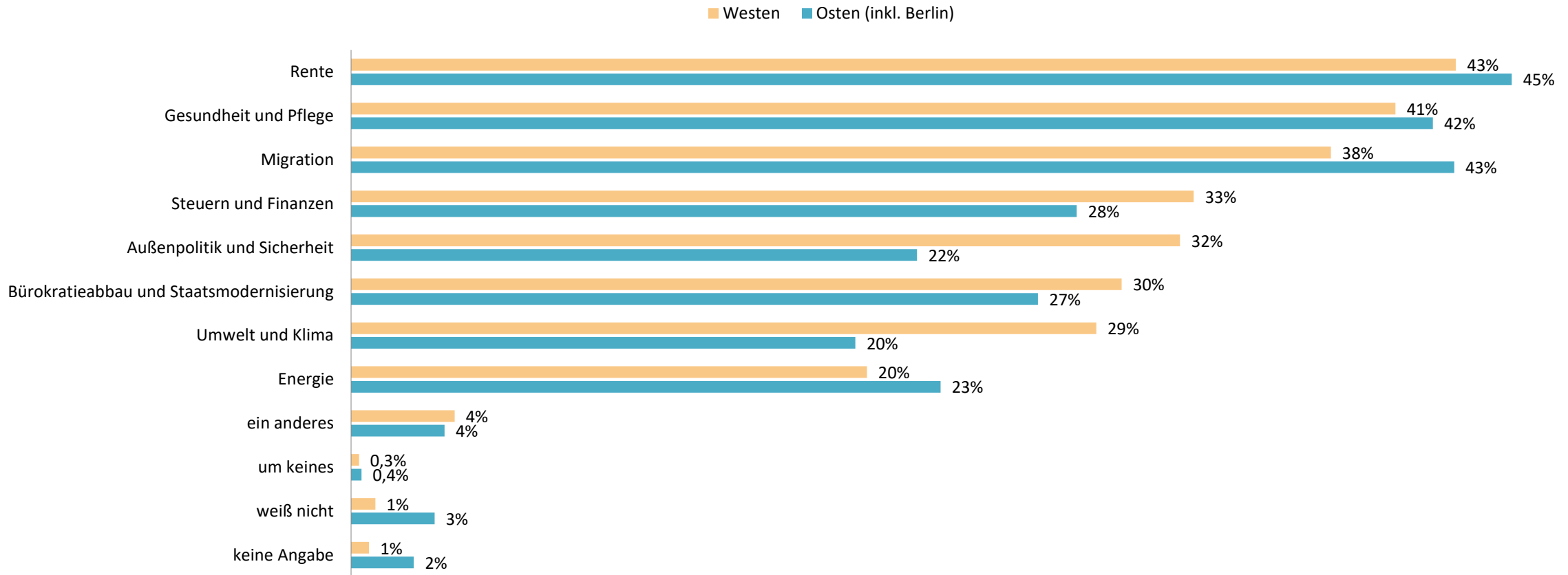
Am häufigsten sind die Befragten der Meinung, dass sich die Politik in Deutschland am stärksten um die Themen Rente (43 %) sowie Gesundheit und Pflege (41 %) kümmern sollte. Darauf folgt das Thema Migration mit 39 sowie Steuern und Finanzen mit 32 Prozent. 30 Prozent nennen Außenpolitik und Sicherheit, 29 Prozent Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung, 27 Prozent Umwelt bzw. Klima und 21 Prozent Energie. Vier Prozent führen hier ein anderes Thema an und 0,3 Prozent keines. Jeweils ein Prozent kann oder will diese Frage nicht beantworten.

Um welche drei Themen sollte sich die Politik in Deutschland Ihrer Meinung nach am stärksten kümmern?



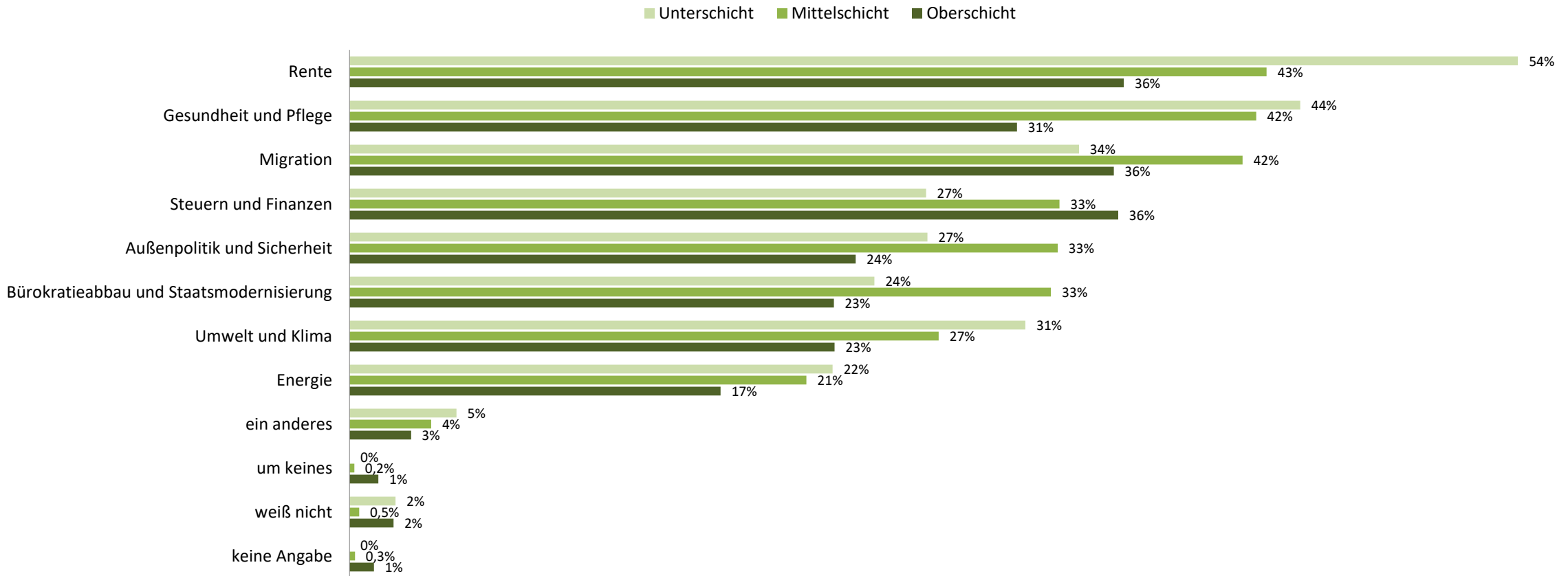
Während weibliche Befragte öfter die Themen Rente (45 zu 41 %), Gesundheit und Pflege (45 zu 36 %) sowie Umwelt und Klima (29 zu 26 %) anführen, nennen hier ihre männlichen Pendanten häufiger Steuern und Finanzen (33 zu 30 %), Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung (33 zu 26 %) sowie Energie (22 zu 19 %).

Um welche drei Themen sollte sich die Politik in Deutschland Ihrer Meinung nach am stärksten kümmern?



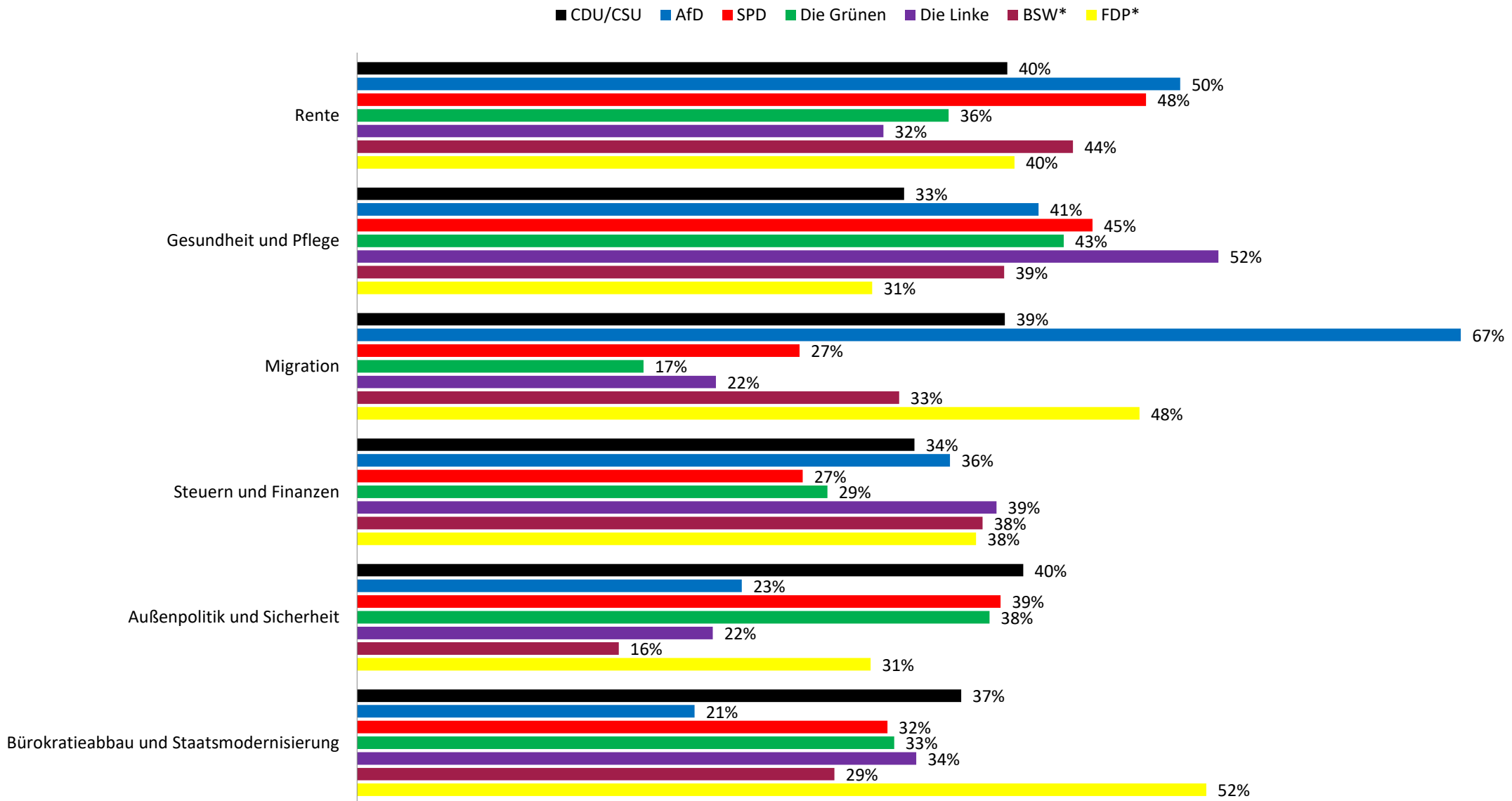
Umfrageteilnehmer aus dem Westen Deutschlands sind deutlich häufiger der Meinung, dass sich die Politik am stärksten um das Thema Außenpolitik und Sicherheit (32 zu 22 %), sowie häufiger um die Themen Steuern und Finanzen (33 zu 28 %), Bürokratieabbau und Modernisierung (30 zu 27 %) sowie Umwelt und Klima (29 zu 20 %) kümmern sollte, wohingegen jene aus Ostdeutschland öfter Migration (43 zu 38 %) sowie Energie (23 zu 20 %) angeben.

Um welche drei Themen sollte sich die Politik in Deutschland Ihrer Meinung nach am stärksten kümmern?

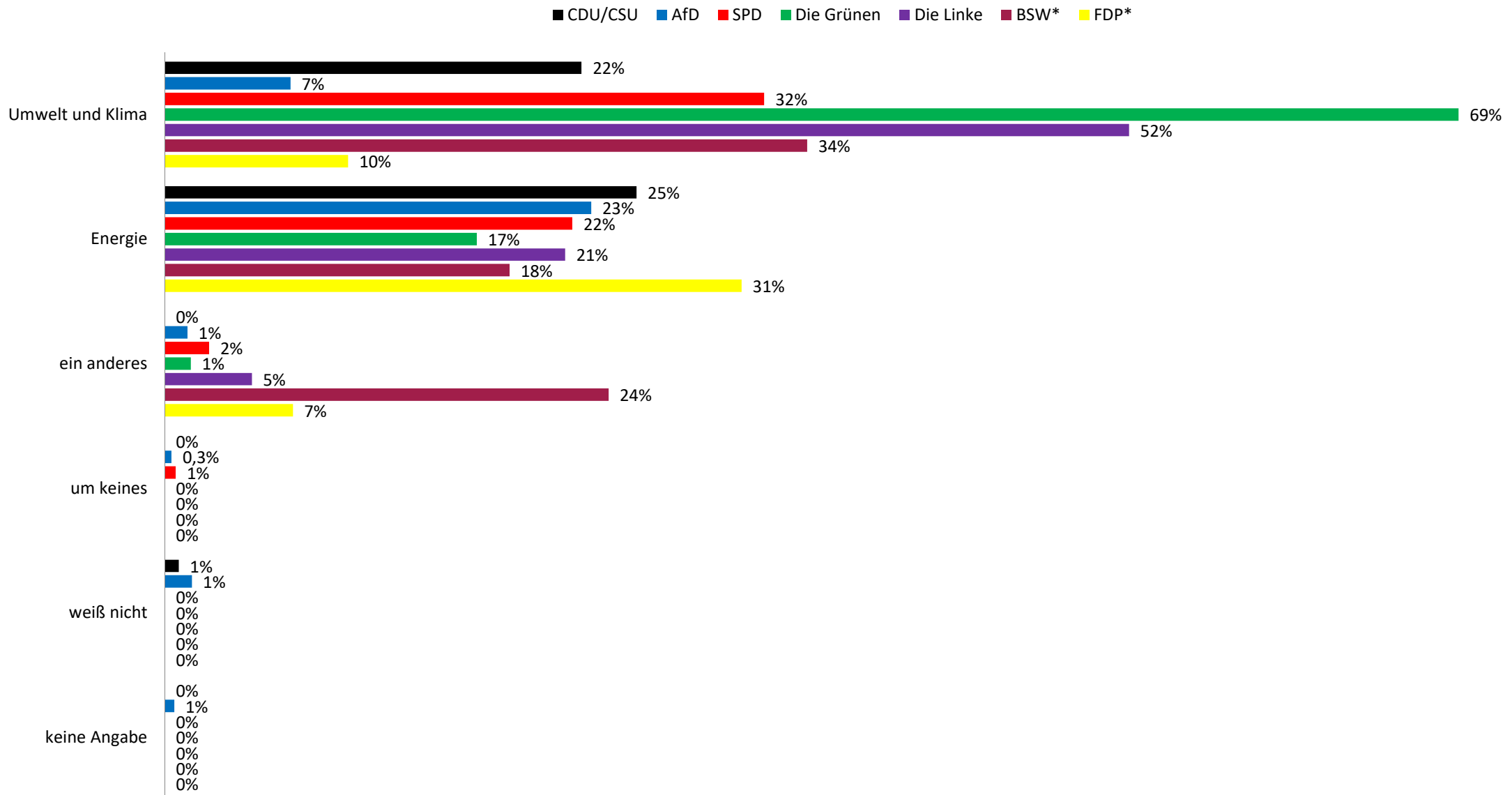


Je höher der sozioökonomische Status der Befragten, desto häufiger nennen sie das Thema Steuern und Finanzen (von 27 auf 36 %). Der umgekehrte Verlauf zeigt sich bei den Umfrageteilnehmern, welche hier die Rente (von 54 auf 36 %) sowie Umwelt und Klima (von 31 auf 23 %) anführen. Befragte der Oberschicht geben zudem das Thema Gesundheit und Pflege (31 zu 42 bzw. 44 %) sowie Energie (17 zu 22 bzw. 21 %) am seltensten an. Mittelschichtler nennen die Themen Migration (42 zu 34 bzw. 36 %), Außenpolitik und Sicherheit (33 zu 27 bzw. 24 %), Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung (33 zu 24 bzw. 23 %) jeweils am häufigsten.

Um welche drei Themen sollte sich die Politik in Deutschland Ihrer Meinung nach am stärksten kümmern?



Um welche drei Themen sollte sich die Politik in Deutschland Ihrer Meinung nach am stärksten kümmern?



Um welche drei Themen sollte sich die Politik in Deutschland Ihrer Meinung nach am stärksten kümmern?

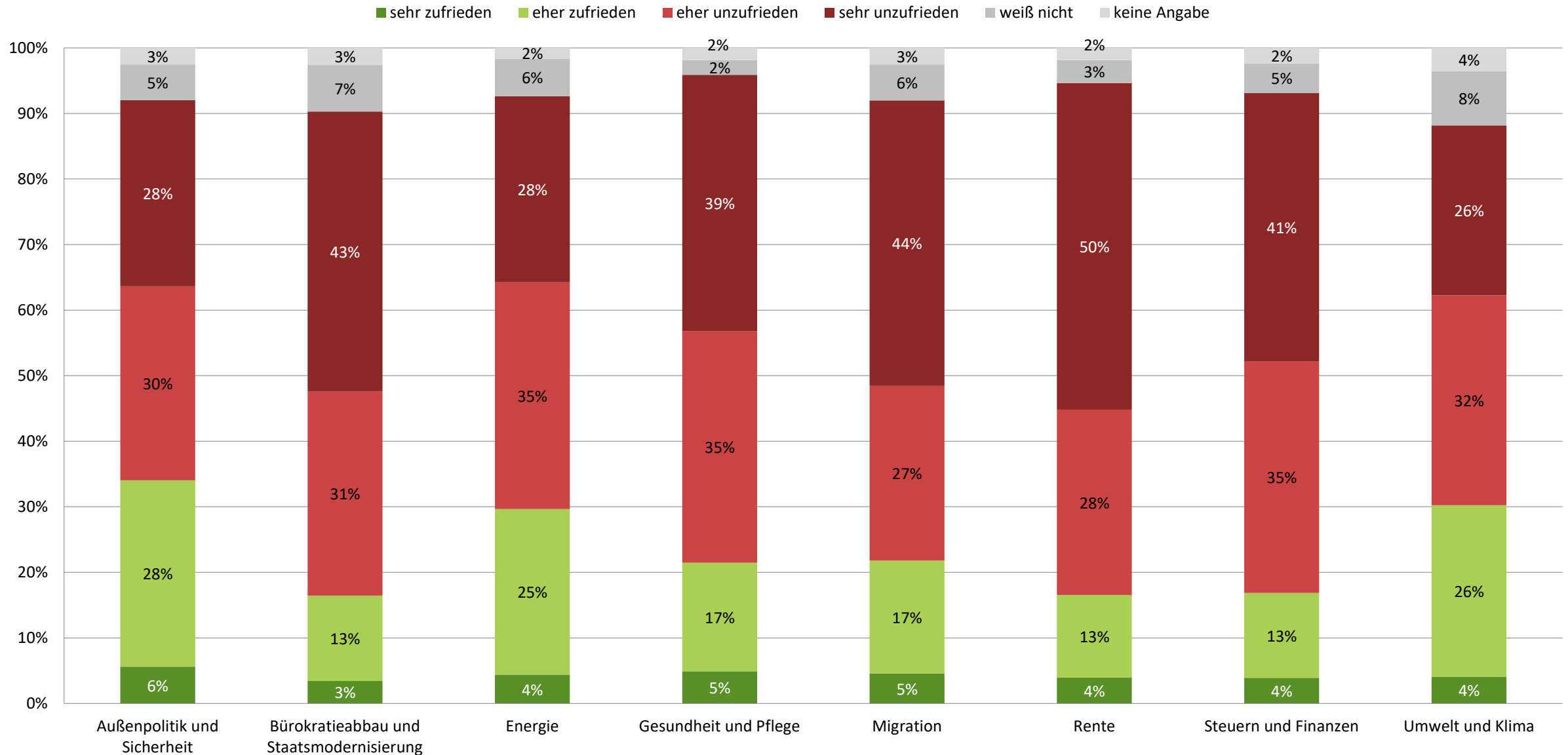
Wähler der Union nennen die Themen Rente, Außenpolitik und Sicherheit (je 40 %) sowie Migration (39 %) am häufigsten. Letzteres belegt auch bei den Wählern der AfD den ersten Platz (67 %). Sowohl Wähler der SPD (48 %) als auch des BSW* (44 %) geben das Thema Rente am häufigsten an. Grünen- (69 %) sowie Linke-Wähler (52 %) nennen Umwelt und Klima jeweils am häufigsten, wobei sich dieses bei Letzteren mit Gesundheit und Pflege (52 %) den ersten Rang teilt. Bei den FDP-Wählern* belegt Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung den ersten Platz (52 %).

Letzteres liegt bei den Union-Wählern (37 %) an zweiter Stelle. Wähler der AfD (50 %) geben das Thema Rente, jene der SPD (45 %), der Grünen (43 %) sowie des BSW (39 %) Gesundheit und Pflege an, wobei sich dieses bei BSW-Wählern mit Steuern und Finanzen (38 %) den zweiten Rang teilt. Dieses kommt wiederum bei den Linke-Wählern (39 %) an zweiter Stelle. Wähler der FDP geben das Thema Migration am zweithäufigsten an (48 %).

Die Top drei vervollständigt bei den Wählern der Union Gesundheit und Pflege (33 %) sowie Steuern und Finanzen (34 %), bei jenen der AfD (41 %) Gesundheit und Pflege, bei jenen der SPD (39 %) Außenpolitik und Sicherheit, bei den Grünen-Wählern Außenpolitik und Sicherheit (38 %) sowie Rente (36 %), bei jenen der Linkspartei Bürokratieabbau (34 %) und Rente (32 %), bei den BSW-Wählern Umwelt und Klima (34 %) sowie Migration (33 %) und bei den FDP-Wählern Rente (40 %) und Steuern bzw. Finanzen (38 %).

Beim Vergleich der Wählergruppen zeigt sich zudem, dass Wähler der Linkspartei Rente am seltensten (32 zu 36 – 50 %) und Gesundheit/Pflege (52 zu 31 – 45 %) dagegen am häufigsten zu ihren drei Top-Themen zählen. Migration ist dagegen bei AfD-Wählern mit deutlichem Abstand am häufigsten eines der drei Top-Themen (67 zu 17 – 48 %). Außen- und Sicherheitspolitik nennen BSW-Wähler am seltensten (16 zu 22 – 40 %), ein anderes Thema dagegen am häufigsten (24 zu 0 – 7 %). Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung ist bei FDP-Wählern deutlich am häufigsten ein wichtiges Thema (52 zu 21 – 37 %) und Umwelt- bzw. Klimapolitik dagegen bei Grünen-Wählern (69 zu 7 – 34 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?



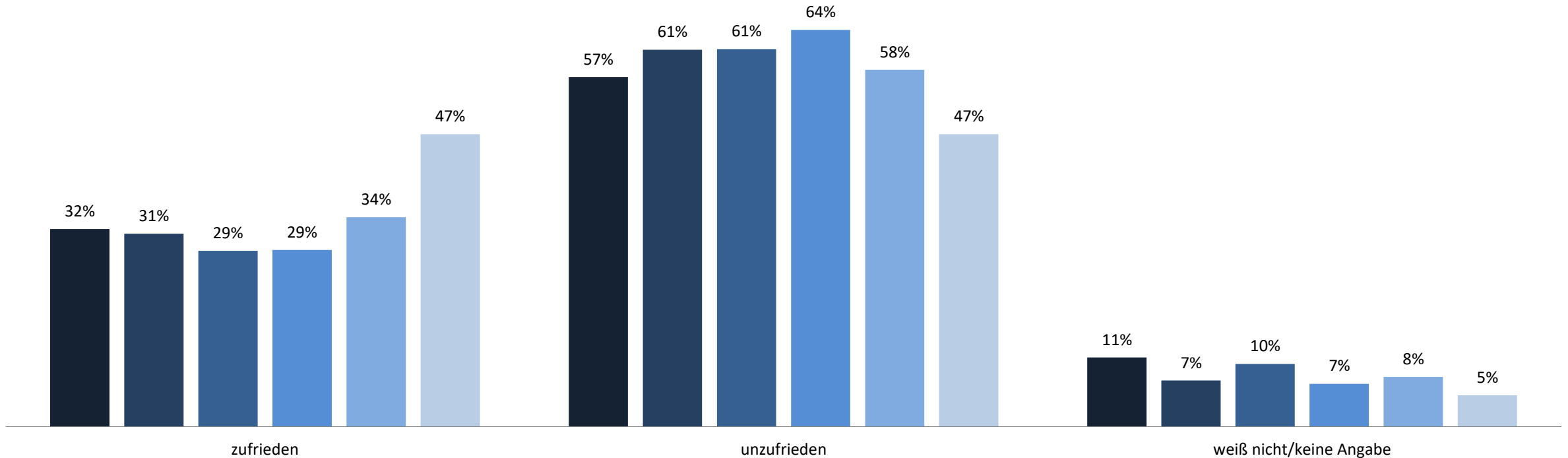
Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

In allen abgefragten Aspekten sind die Umfrageteilnehmer jeweils absolut-mehrheitlich unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung, wobei diese Anteile zwischen 58 Prozent (Außenpolitik und Sicherheit, Umwelt und Klima) und 78 Prozent (Rente) rangieren (je kumuliert). Entsprechend sind nur zwischen 16 Prozent (Bürokratie und Staatsmodernisierung) und 34 Prozent (Außenpolitik und Sicherheit) zufrieden (je kumuliert). Sehr unzufrieden sind die Befragten dabei am häufigsten mit Rente (50 %), gefolgt von Migration (44 %), Bürokratieabbau/Staatsmodernisierung (43 %), Steuern/Finanzen (41 %) sowie Gesundheit/Pflege (39 %). Mit Außenpolitik/Sicherheit, Energie (je 28 %) und Umwelt/Klima (26 %) sind sie vergleichsweise seltener sehr unzufrieden. Die Anteile der eher Unzufriedenen liegen dagegen vergleichsweise nahe beisammen: Am häufigsten eher unzufrieden sind die Befragten mit Energie, Gesundheit/Pflege und Steuern/Finanzen (je 35 %), dicht gefolgt von Umwelt/Klima (32 %), Bürokratieabbau/Staatsmodernisierung (31 %) und Außenpolitik/Sicherheit (30 %). Danach folgen Rente (28 %) und Migration (27 %). Eher zufrieden sind die Umfrageteilnehmer am seltensten mit den Bereichen Bürokratieabbau/Staatsmodernisierung, Rente und Steuern/Finanzen (je 13 %), Gesundheit/Pflege und Migration (je 17 %). Mit Energie (25 %), Umwelt/Klima (26 %) und Außenpolitik/Sicherheit (28 %) sind die Befragten häufiger eher zufrieden als mit den anderen Bereichen. Sehr zufrieden sind jeweils nur wenige Befragte: Außenpolitik/Sicherheit sechs Prozent, Gesundheit/Pflege und Migration jeweils fünf, Energie, Rente, Steuern/Finanzen und Umwelt/Klima jeweils vier und Bürokratieabbau/Staatsmodernisierung drei Prozent. Zwischen zwei und acht Prozent wissen es nicht und zwischen zwei und vier Prozent wollen dazu keine Angabe tätigen.

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

Außenpolitik und Sicherheit

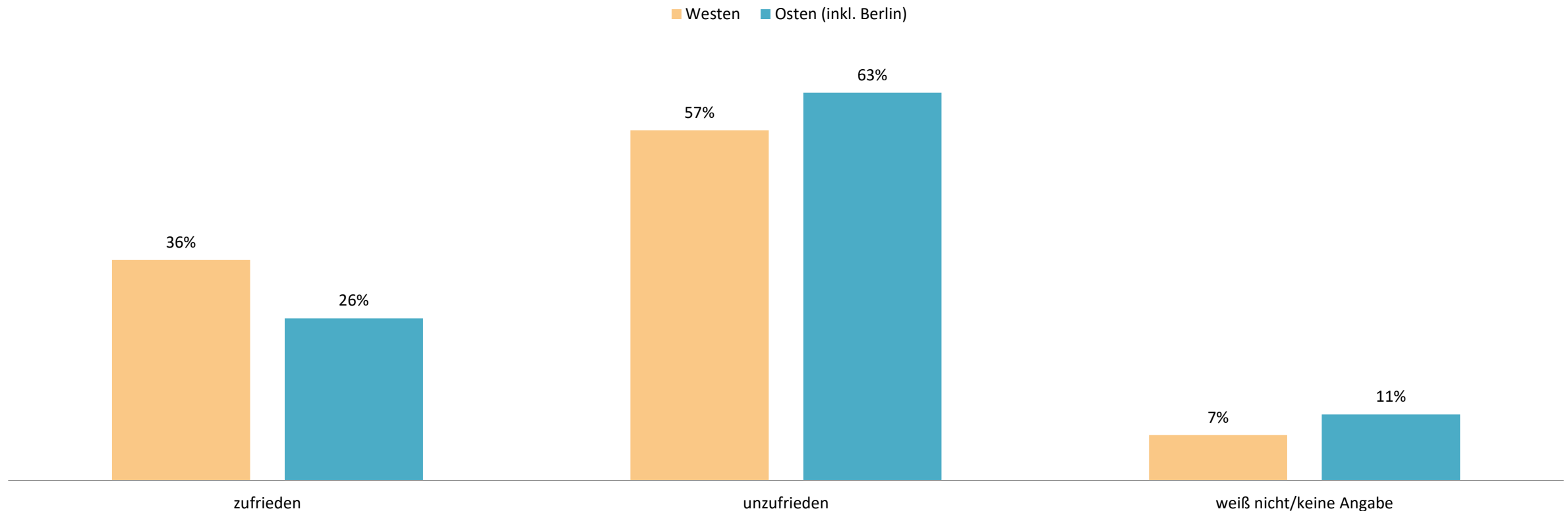
■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ 60 bis 69 Jahre ■ ab 70 Jahre



Die ältesten Umfrageteilnehmer (ab 70 Jahren) sind deutlich am häufigsten zufrieden mit der außen- und sicherheitspolitischen Arbeit der Bundesregierung (47 zu 29 – 34 %). Insgesamt sind sie auch geteilter Ansicht bei dieser Bewertung (je 47 % zufrieden bzw. unzufrieden). Alle jüngeren Befragten sind dagegen absolut-mehrheitlich unzufrieden mit der bisherigen Arbeit der Bundesregierung in diesem Bereich (57 – 64 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

Außenpolitik und Sicherheit



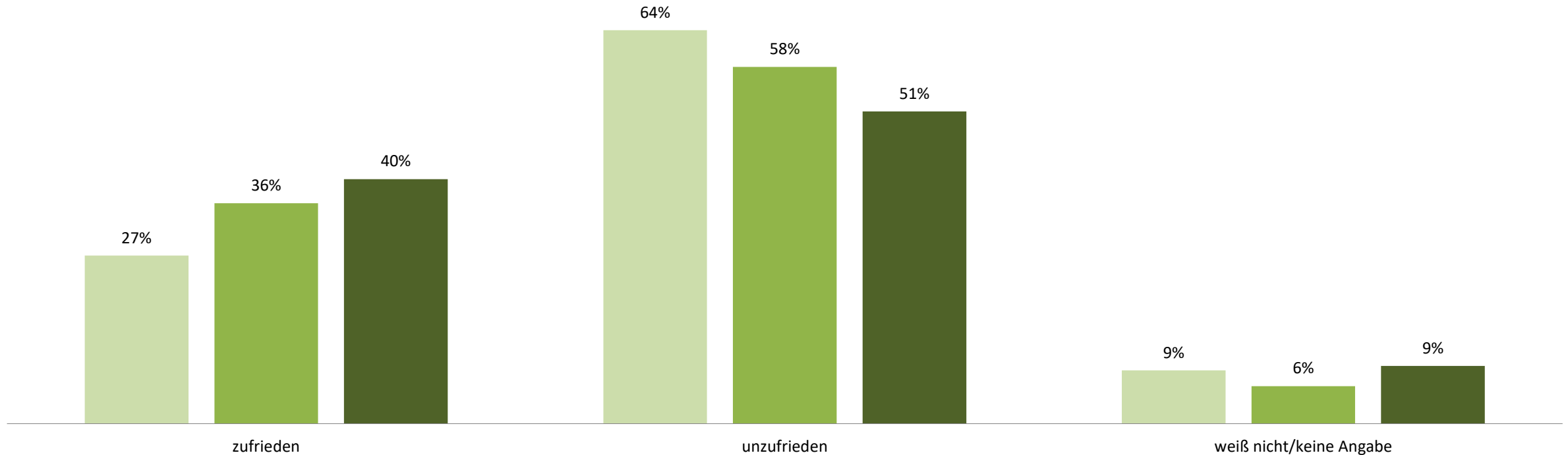
Beide Bevölkerungsgruppen sind jeweils mit einer absoluten Mehrheit unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Allerdings fällt dieser Anteil bei Befragten aus Ostdeutschland höher aus (63 zu 57 %). Ihre Pendanten aus Westdeutschland sind entsprechend deutlich häufiger zufrieden damit (36 zu 26 %).

Ähnliches zeigt sich bei den Bereichen „Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung“, „Energie“, „Gesundheit und Pflege“, „Migration“, „Rente“, „Steuern und Finanzen“ und „Umwelt und Klima“.

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

Außenpolitik und Sicherheit

■ Unterschicht ■ Mittelschicht ■ Oberschicht



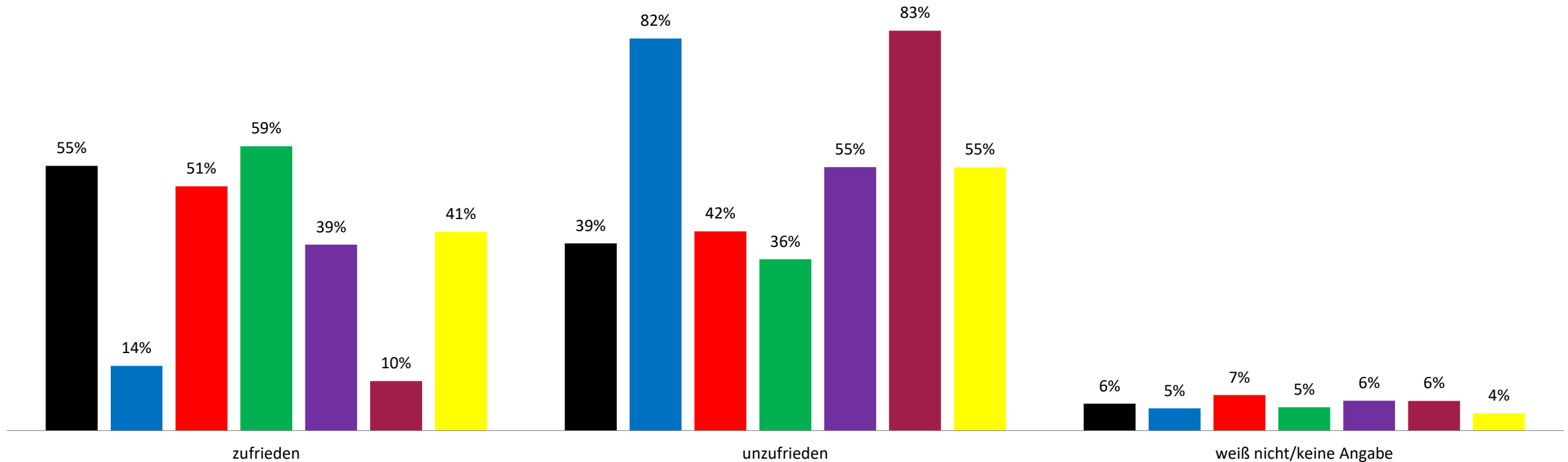
Auch alle drei sozioökonomischen Gruppen sind jeweils absolut-mehrheitlich unzufrieden mit der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung, wobei dieser Anteil mit zunehmender sozioökonomischen Einstufung sinkt (von 64 auf 51 %). Entsprechend gegenläufig sieht dieser Trend bei den Zufriedenen aus (von 27 auf 40 %).

Ein ähnlicher sozioökonomischer Trend zeigt sich bei den Bereichen „Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung“, „Gesundheit und Pflege“, „Migration“, „Rente“, „Steuern und Finanzen“ und „Umwelt und Klima“.

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

Außenpolitik und Sicherheit

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*

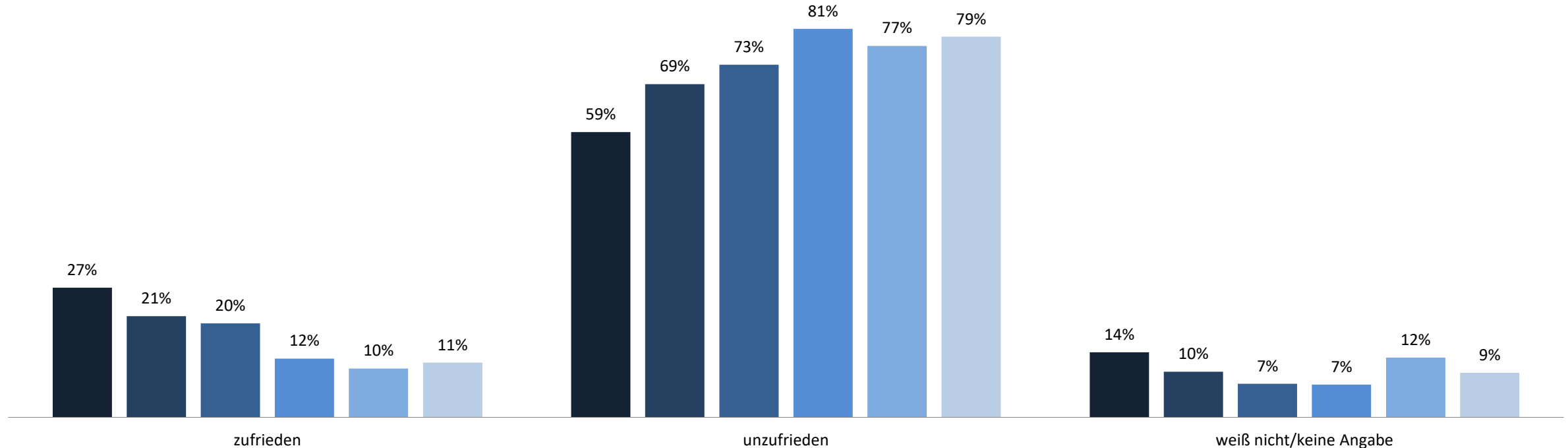


Wähler der Grünen (59 %), der Union (55 %) und der SPD (51 %) sind jeweils absolut-mehrheitlich zufrieden mit der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Alle anderen Wählergruppen sind hingegen jeweils absolut-mehrheitlich unzufrieden, wobei dieser Anteil bei AfD- (82 %) und BSW*-Wählern (83 %) deutlich höher ausfällt als bei den beiden restlichen Wählergruppen (je 55 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung

■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ 60 bis 69 Jahre ■ ab 70 Jahre



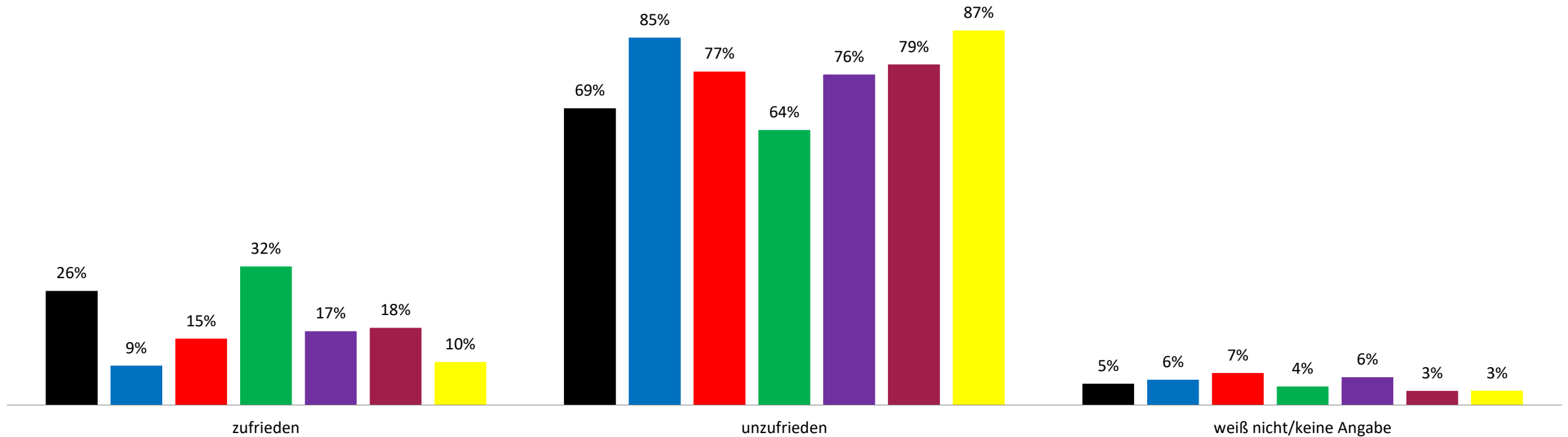
Je älter die Umfrageteilnehmer desto seltener sind sie zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung im Bereich des Bürokratieabbaus und der Staatsmodernisierung (von 27 auf 10 bzw. 11 %). Entsprechend gegenläufig sieht dieser Alterstrend bei den Unzufriedenen aus (von 59 auf 81 bzw. 79 %). Dieser Anteil überwiegt in allen Altersgruppen jeweils mit einer absoluten Mehrheit.

Der gleiche Alterstrend kann auch bei den Aspekten „Energie“ und „Gesundheit und Pflege“ ermittelt werden.

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

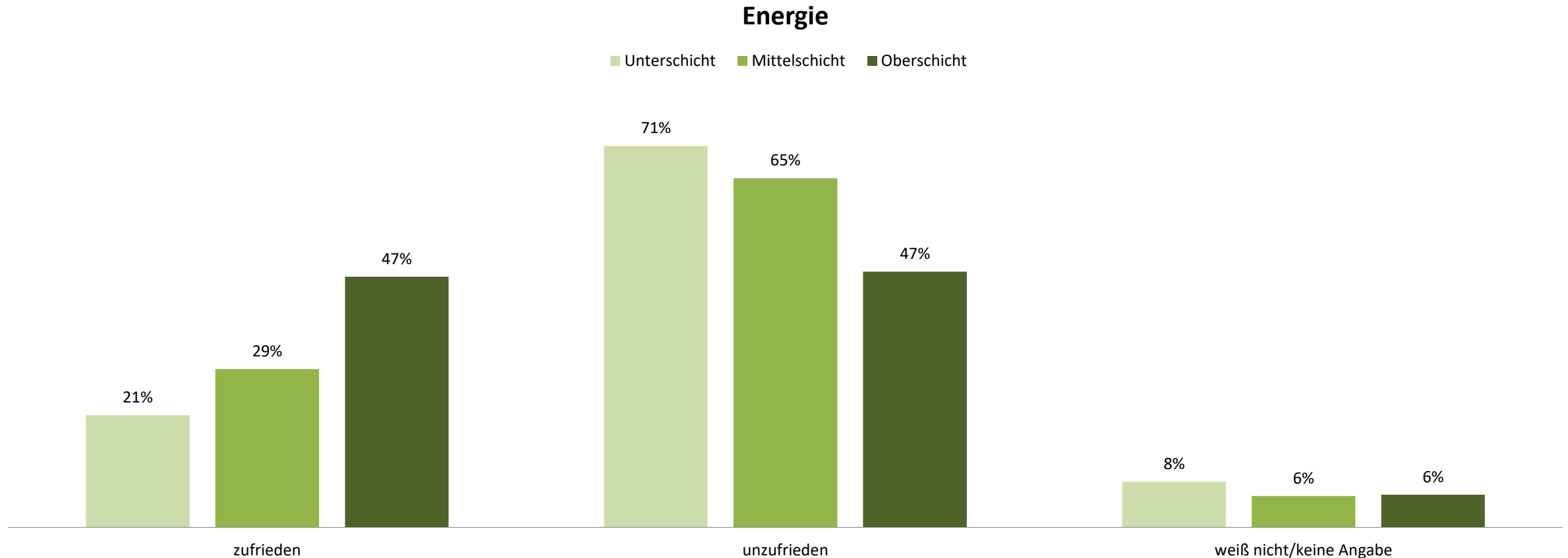
Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*



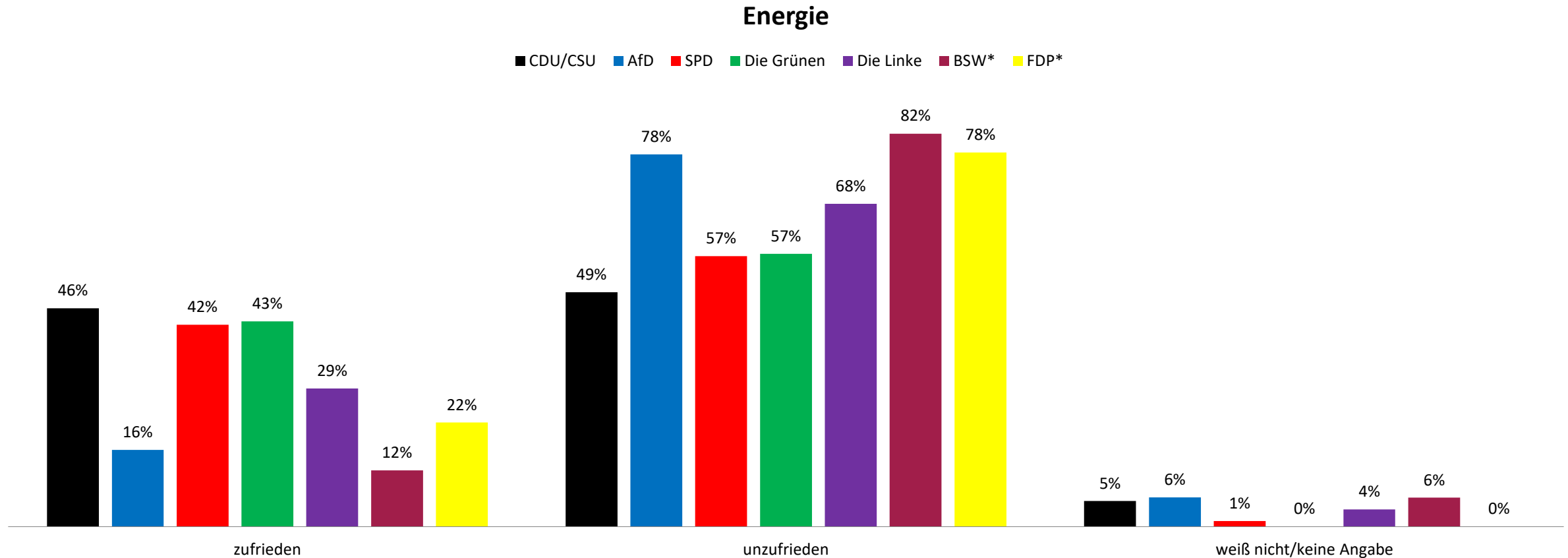
Keine Wählergruppe zeigt sich mehrheitlich zufrieden mit den Bemühungen der Bundesregierung beim Bürokratieabbau und der Staatsmodernisierung, wobei dieser Anteil bei Wählern der Grünen (32 %) und der Union (26 %) höher ausfällt als bei den restlichen Wählergruppen (9 – 18 %). Entsprechend sind alle Wählergruppen absolut-mehrheitlich unzufrieden in diesem Bereich (64 – 87 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?



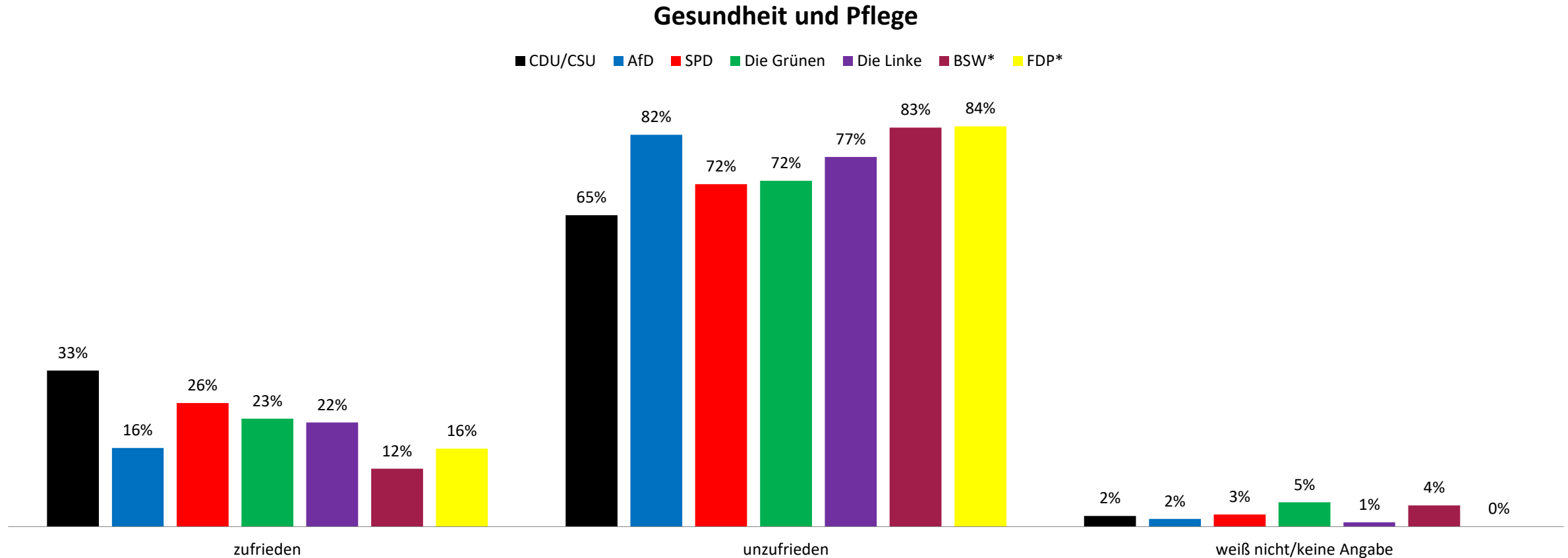
Je höher die sozioökonomische Selbsteinstufung, desto häufiger sind die Umfrageteilnehmer zufrieden mit der Energiepolitik der Bundesregierung (von 21 auf 47 %). Oberschichtler sind bei dieser Bewertung geteilter Ansicht (je 47 % zufrieden bzw. unzufrieden). Dagegen sind Unter- und Mittelschichtler jeweils mit einer absoluten Mehrheit unzufrieden damit (71 bzw. 65 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?



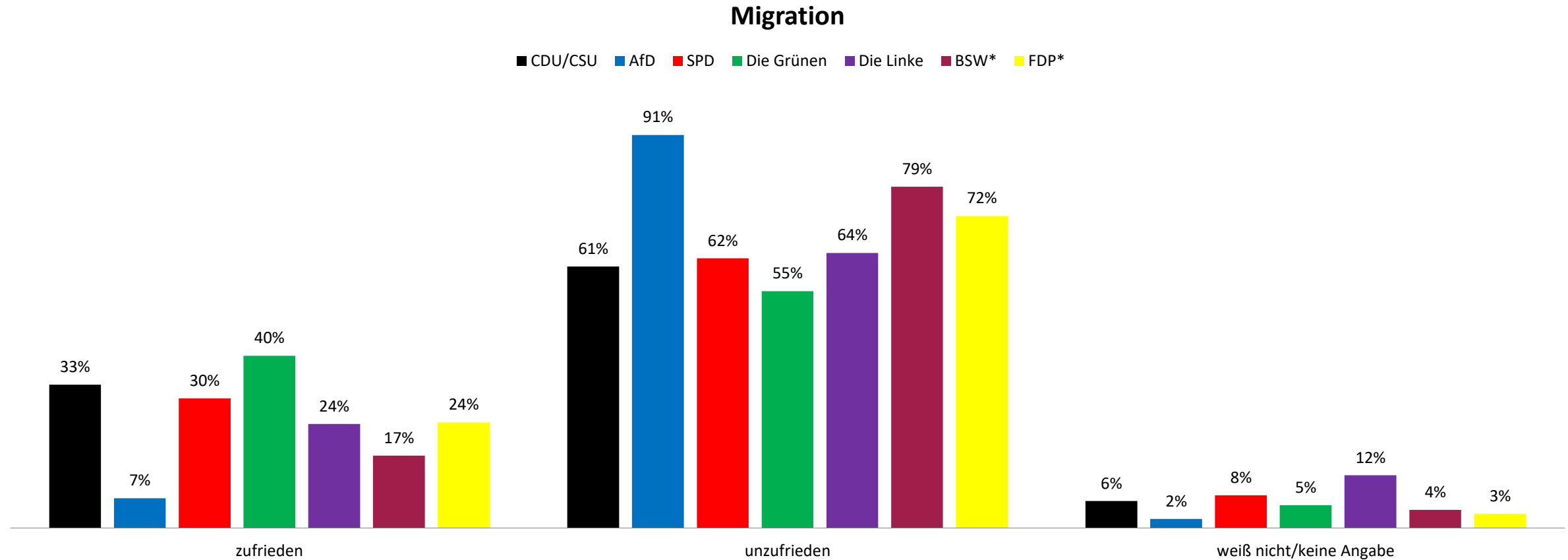
Alle Wählergruppen sind mit der Energiepolitik der Bundesregierung unzufrieden, wobei dieser Anteil bei Wählern der Union nur knapp relativ-mehrheitlich ausfällt (49 %) und bei allen anderen Wählergruppen jeweils absolut-mehrheitlich. Wähler des BSW* (82 %), der AfD und der FDP* (je 78 %) sind dabei allerdings deutlich häufiger unzufrieden als die restlichen drei Wählergruppen (57 – 68 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?



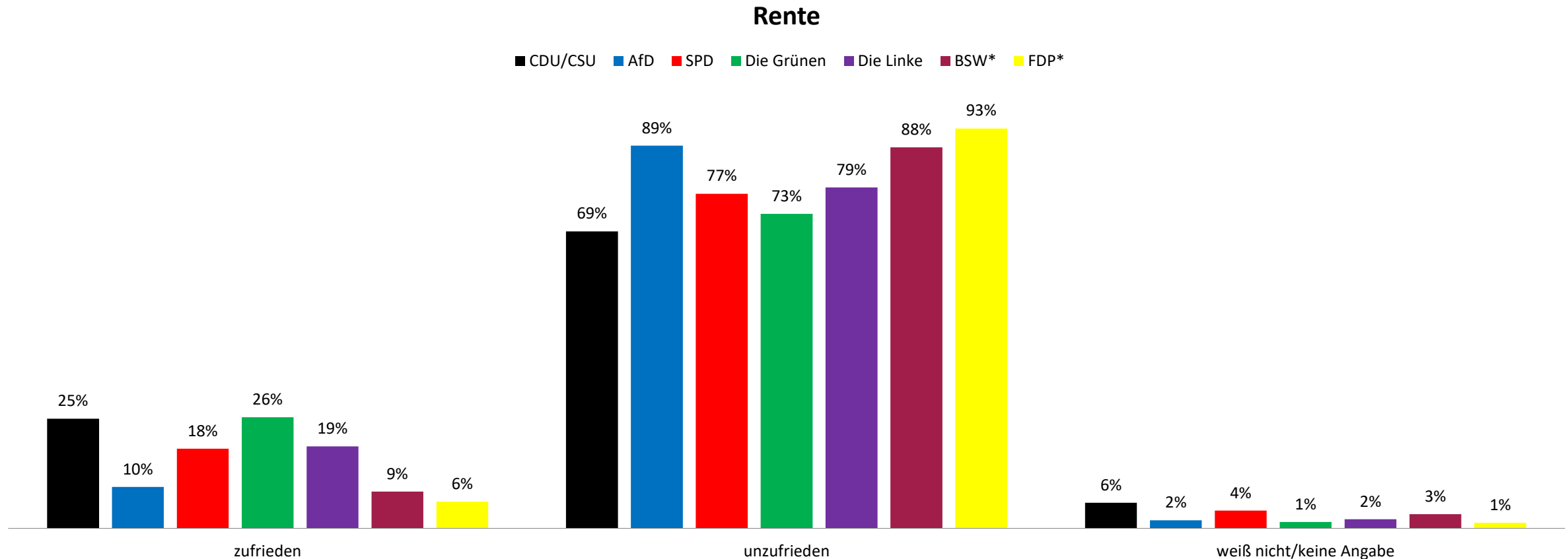
Auch bei der Gesundheits- und Pflegepolitik sind alle Wählergruppen jeweils absolut-mehrheitlich unzufrieden mit der Bundesregierung (65 – 84 %). Union-Wähler sind am häufigsten zufrieden damit (33 zu 12 – 26 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?



Wähler der AfD sind deutlich am häufigsten unzufrieden mit der Migrationspolitik der Bundesregierung (91 zu 55 – 79 %). Dieser Anteil überwiegt allerdings bei allen Wählergruppen mehrheitlich. Wähler der Grünen sind am häufigsten zufrieden (40 zu 7 – 33 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

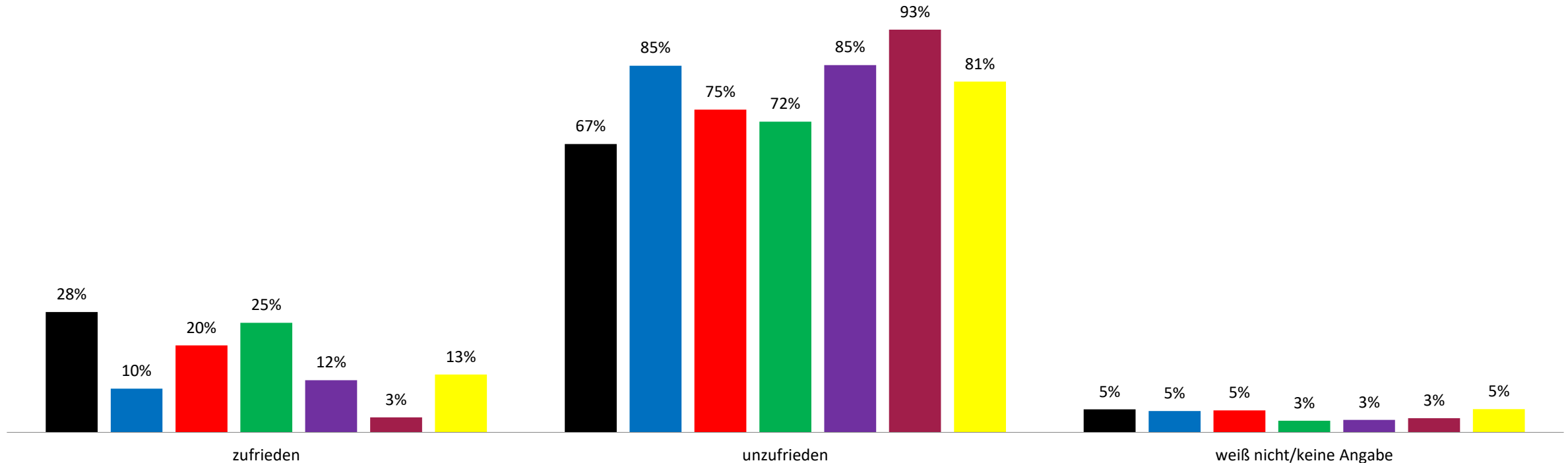


Mit der Rentenpolitik der Bundesregierung sind alle Wählergruppen jeweils mit einer klaren absoluten Mehrheit unzufrieden, wobei diese Anteile zwischen 69 (CDU/CSU-Wähler) und 93 Prozent (FDP-Wähler*) rangieren. Zwischen sechs (FDP-Wähler) und 26 Prozent (Grünen-Wähler) sind zufrieden damit.

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

Steuern und Finanzen

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*

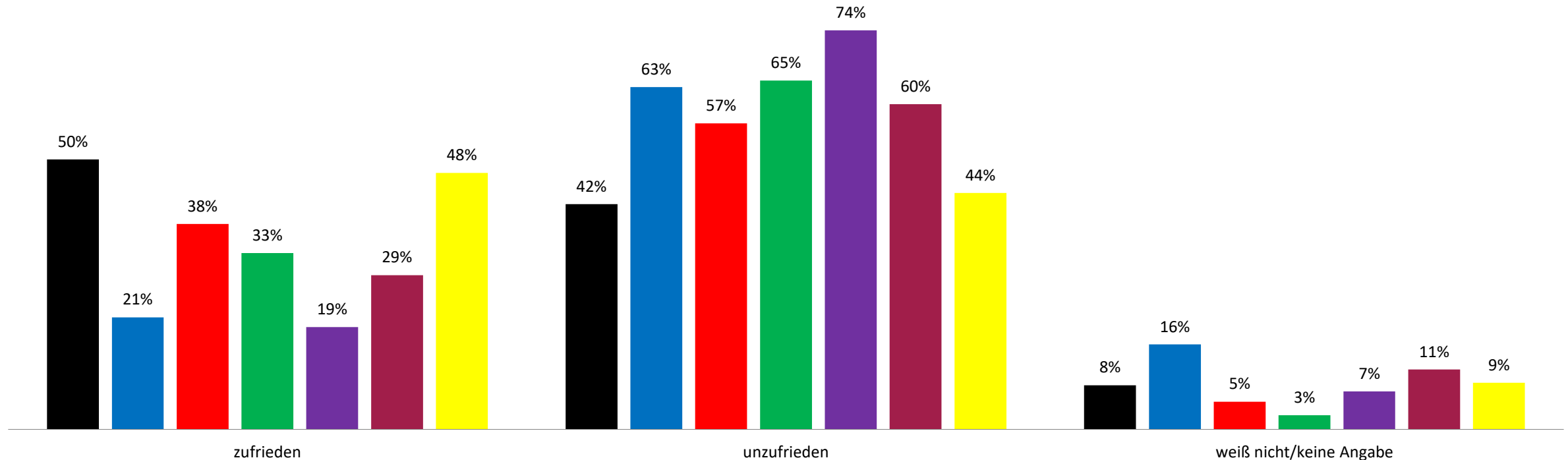


Ähnliches zeigt sich auch bei der Steuer- und Finanzpolitik: Zwischen 67 Prozent (CDU/CSU-Wähler) und 93 Prozent (BSW-Wähler*) sind unzufrieden. Wähler der Union (28 %), der Grünen (25 %) und der SPD (20 %) sind häufiger zufrieden als die restlichen Wählergruppen (3 – 13 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen?

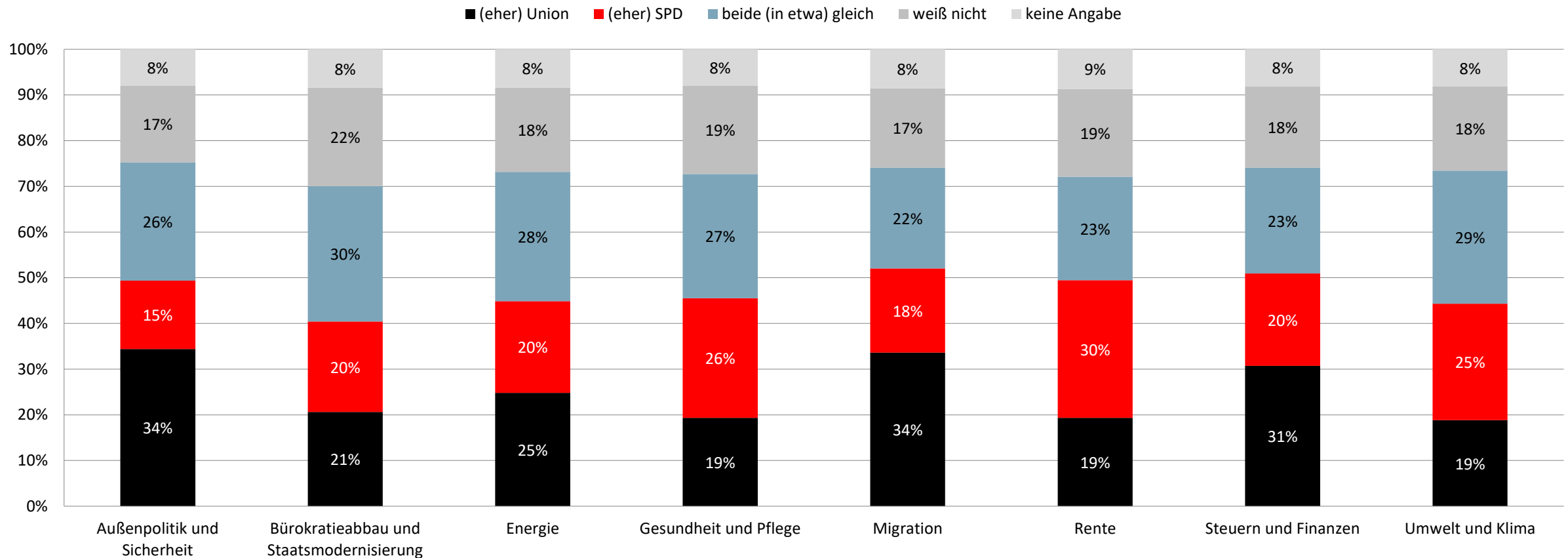
Umwelt und Klima

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*



Mit der Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung sind Wähler der CDU/CSU (50 %) und der FDP* (48 %) jeweils mehrheitlich zufrieden. Alle anderen Wählergruppen sind jeweils mehrheitlich unzufrieden damit, wobei hier der Anteil der Linke-Wähler herausragt (74 zu 57 – 65 %).

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

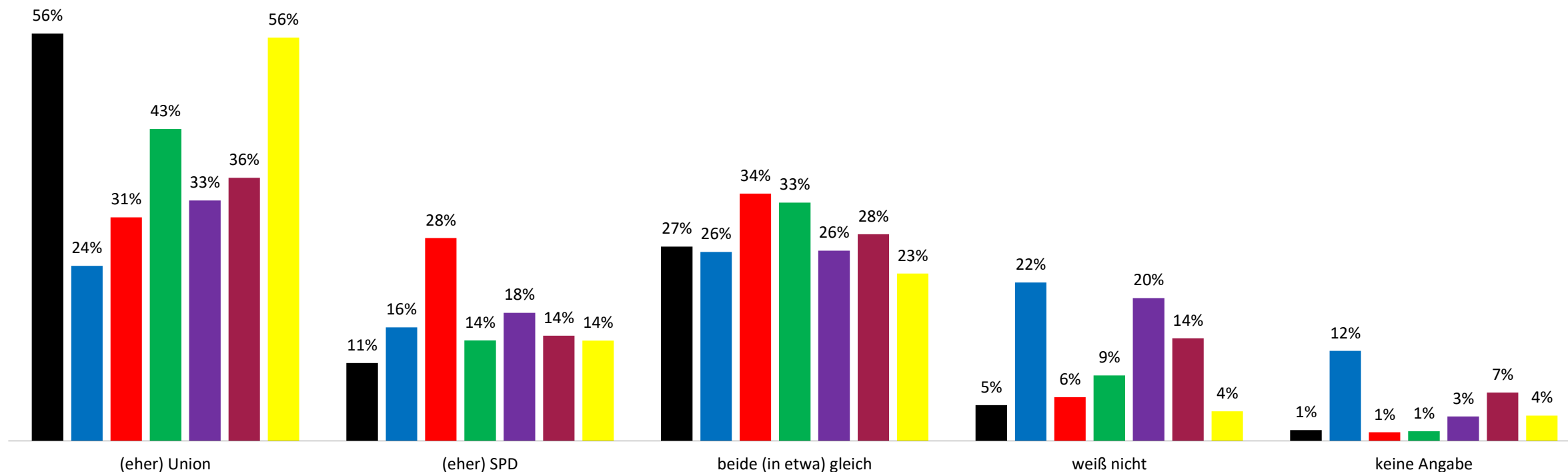


In der Außen- und Sicherheitspolitik, der Migration (je 34 %) und der Steuer- und Finanzpolitik (31 %) haben die Umfrageteilnehmer jeweils mehrheitlich den Eindruck, dass sich momentan eher die Union durchsetzt. Bei der Rentenpolitik (30 %) ist es hingegen eher die SPD. Beim Bürokratieabbau bzw. bei der Staatsmodernisierung (30 %), Energiepolitik (28 %) und Umwelt- bzw. Klimapolitik (29 %) sehen die Befragten jeweils (knapp) relativ-mehrheitlich keinen der beiden Koalitionspartner vorne. In der Gesundheits- und Pflegepolitik sind die Umfrageteilnehmer zwischen „(eher) SPD“ (26 %) und „beide (in etwa) gleich“ (27 %) gespalten. 17 bis 22 Prozent wissen hierzu keine Einschätzung abzugeben und acht bis neun Prozent wollen keine Einschätzung abgeben.

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

Außenpolitik und Sicherheit

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*

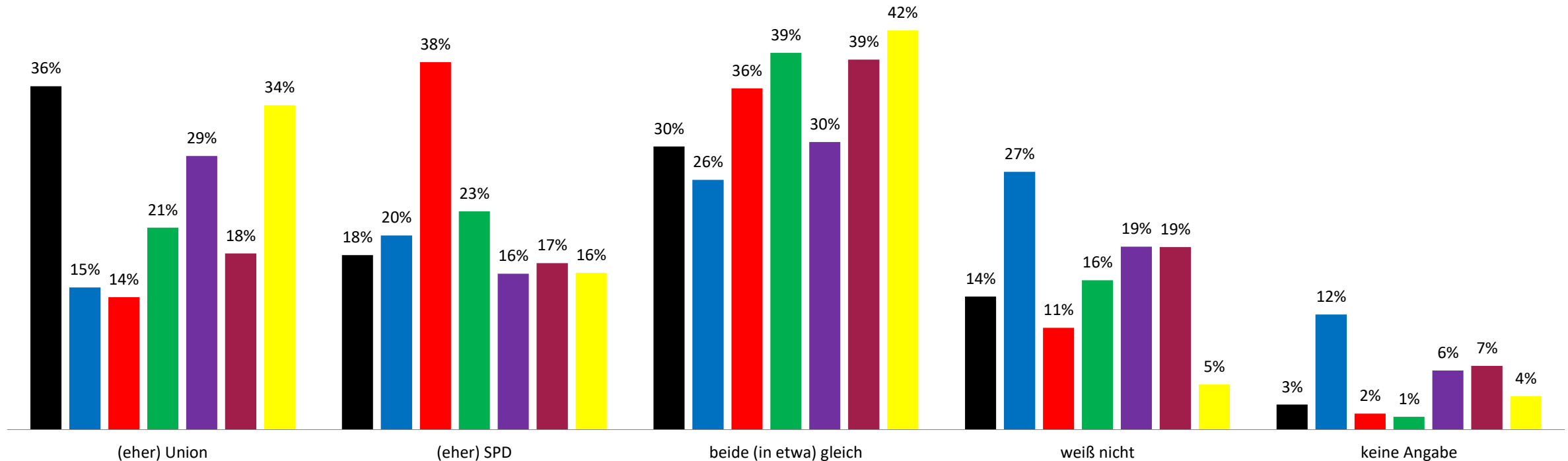


Wähler der Linkspartei (33 %), des BSW* (36 %), der Grünen (43 %) und insbesondere der FDP* und Union (je 56 %) haben jeweils mehrheitlich den Eindruck, dass die derzeitige Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung eher die Handschrift der Union trägt. Wähler der SPD (34 %) halten mehrheitlich beide Regierungsparteien (in etwa) gleich stark und Wähler der AfD sind zwischen „beide (in etwa) gleich“ (26 %) und „(eher) die Union“ (24 %) gespalten. Eine Dominanz der SPD sieht die eigene Wählerschaft deutlich am häufigsten (28 zu 11 – 18 %).

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*

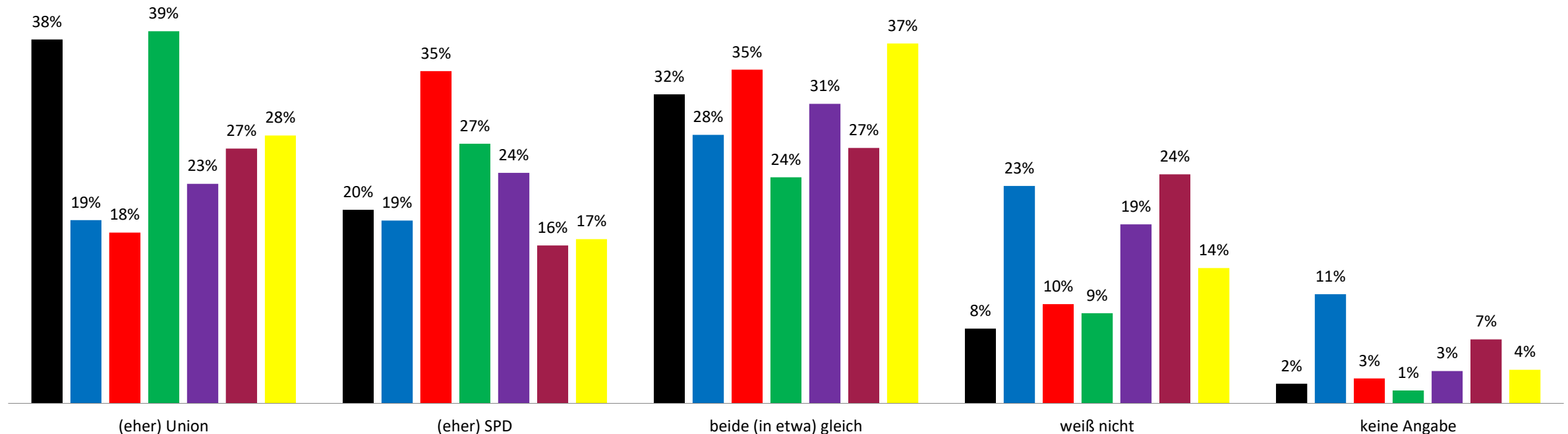


Wähler der Union sehen relativ-mehrheitlich eine stärkere Handschrift der Union beim Bürokratieabbau und der Staatsmodernisierung (36 %). Wähler der FDP* befinden dies noch zu 34 Prozent und jene der Linkspartei zu 29 Prozent (Rest: 14 – 21 %). Wähler der SPD sind zwischen „(eher) SPD“ (38 %) und „beide (in etwa) gleich“ (36 %) gespalten, wobei sie eine Dominanz der SPD deutlich am häufigsten sehen (38 zu 16 – 23 %). Wähler der Linkspartei sind zwischen „(eher) Union“ (29 %) und „beide (in etwa) gleich“ (30 %) gespalten und Wähler der AfD zwischen „beide (in etwa) gleich“ (26 %) und „weiß nicht“ (27 %). Grünen- (39 %), BSW*- (39 %) und FDP-Wähler (42 %) glauben jeweils mehrheitlich, dass beide Regierungsparteien jeweils gleich am Bürokratieabbau und der Staatsmodernisierung beteiligt sind.

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

Energie

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*

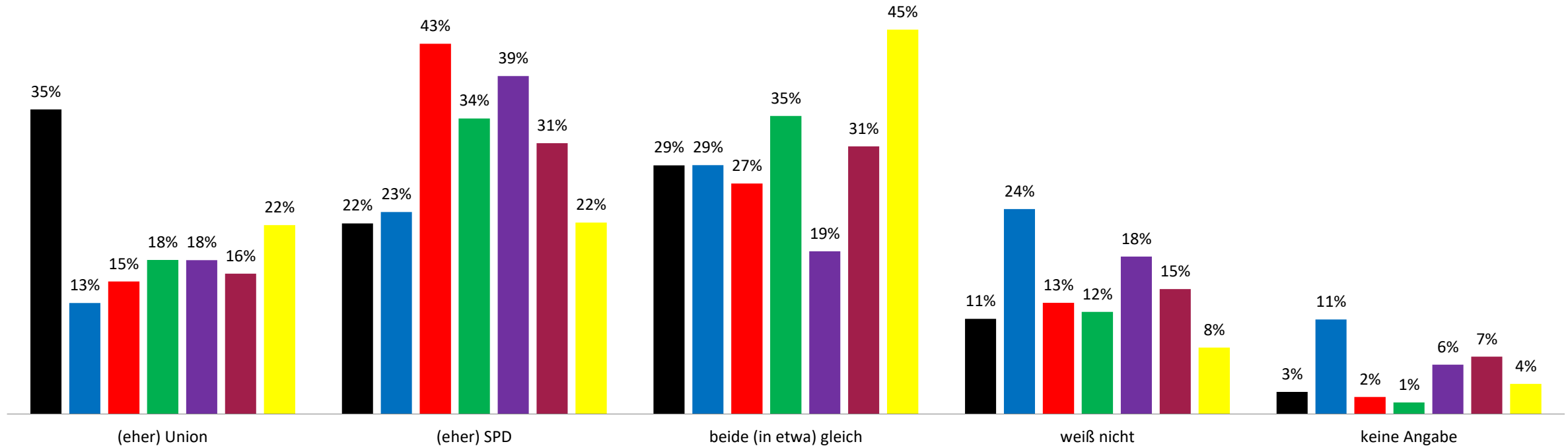


Nicht nur Wähler der CDU/CSU (38 %) sind der Ansicht, dass sich die Union in der Energiepolitik durchsetzt, auch jene der Grünen (39 %) sind relativ-mehrheitlich dieser Ansicht. Wähler der SPD sind zwischen „(eher) SPD“ und „beide (in etwa) gleich“ (je 35 %) und jene des BSW* zwischen „(eher) Union“ und „beide (in etwa) gleich“ (je 27 %) gespalten. AfD- (28 %), Linke- (31 %) und FDP-Wähler* (37 %) halten jeweils mehrheitlich beide Koalitionspartner für gleich stark vertreten in diesem Aspekt.

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

Gesundheit und Pflege

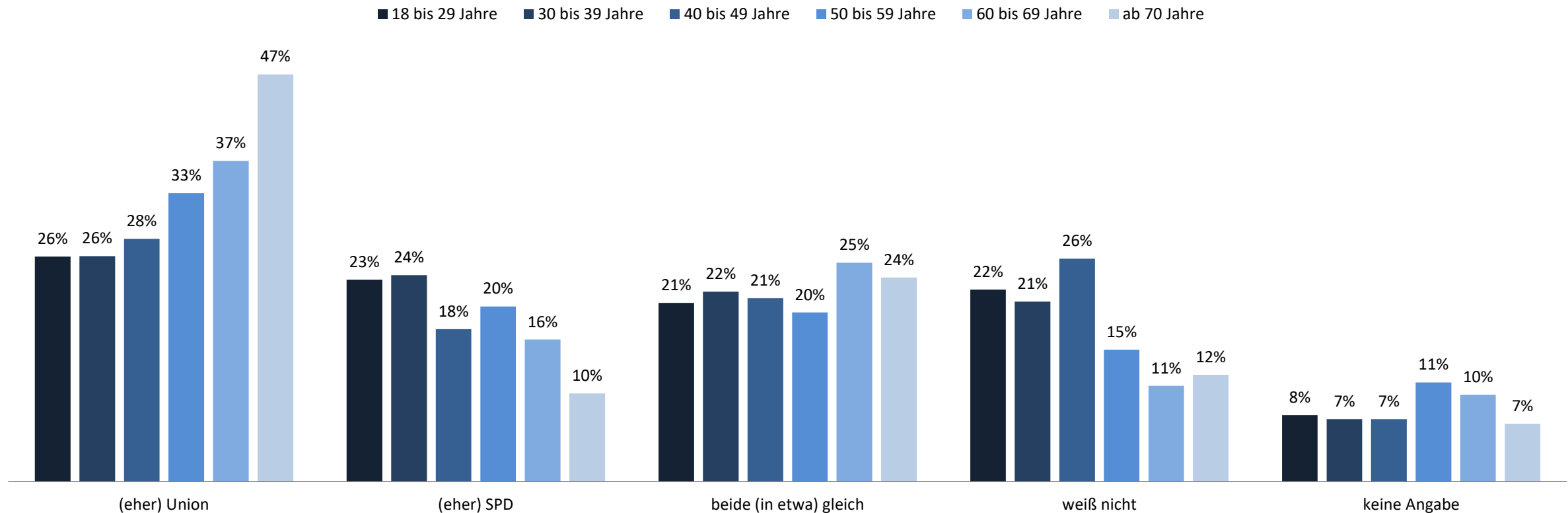
■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*



In der Gesundheits- und Pflegepolitik sieht nicht nur die eigene Wählerschaft (43 %) die SPD vorne, auch Linke-Wähler (39 %) glauben dies mehrheitlich. Die Union nennt nur die eigene Wählergruppe mehrheitlich (35 %). Wähler der Grünen und des BSW* sind zwischen „(eher) SPD“ (34 bzw. 31 %) und „beide (in etwa) gleich“ (35 bzw. 31 %) gespalten. Wähler der FDP* sehen hier mehrheitlich beide Partner (in etwa) gleichauf (45 %).

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

Migration

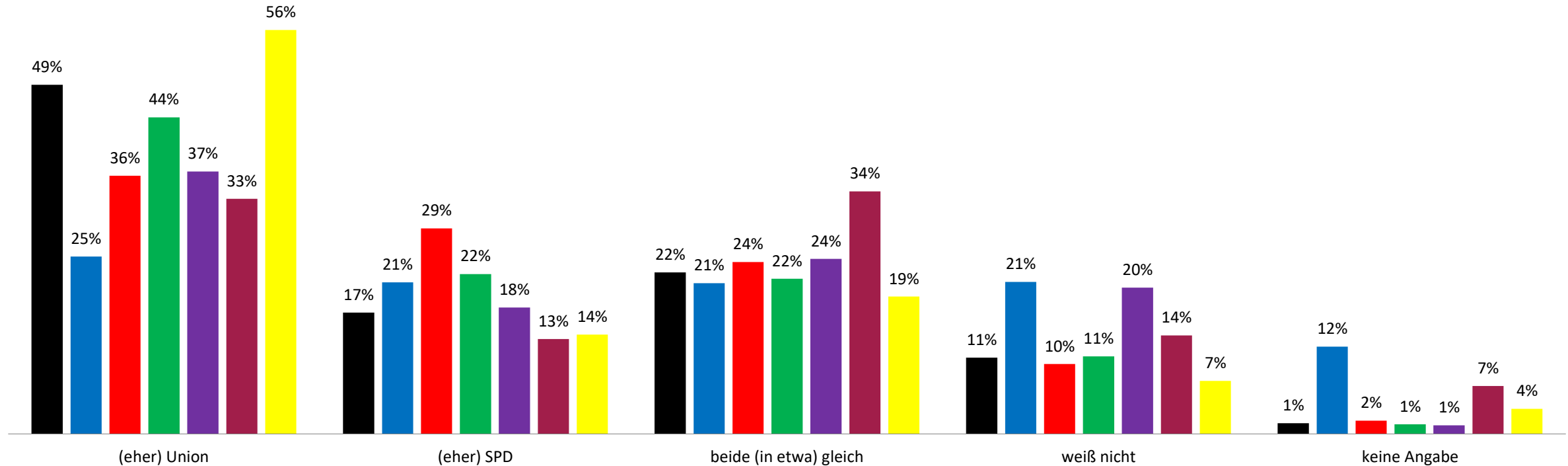


Mit dem Alter steigt der Anteil derer, welche in der Migrationspolitik die Union vorne sehen, deutlich an: von jeweils 26 Prozent bei den 18- bis 39-Jährigen bis auf 47 Prozent bei den ab 70-Jährigen. Nur bei den 30- bis 49-Jährigen überwiegt dieser Anteil nicht mehrheitlich. Die 30- bis 39-Jährigen sind zwischen Union (26 %) und SPD (24 %) gespalten und die 40- bis 49-Jährigen zwischen Union (28 %) und „weiß nicht“ (26 %). Eine Dominanz der SPD glauben Jüngere häufiger zu erkennen (23 bzw. 24 zu 10 – 20 %).

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

Migration

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*

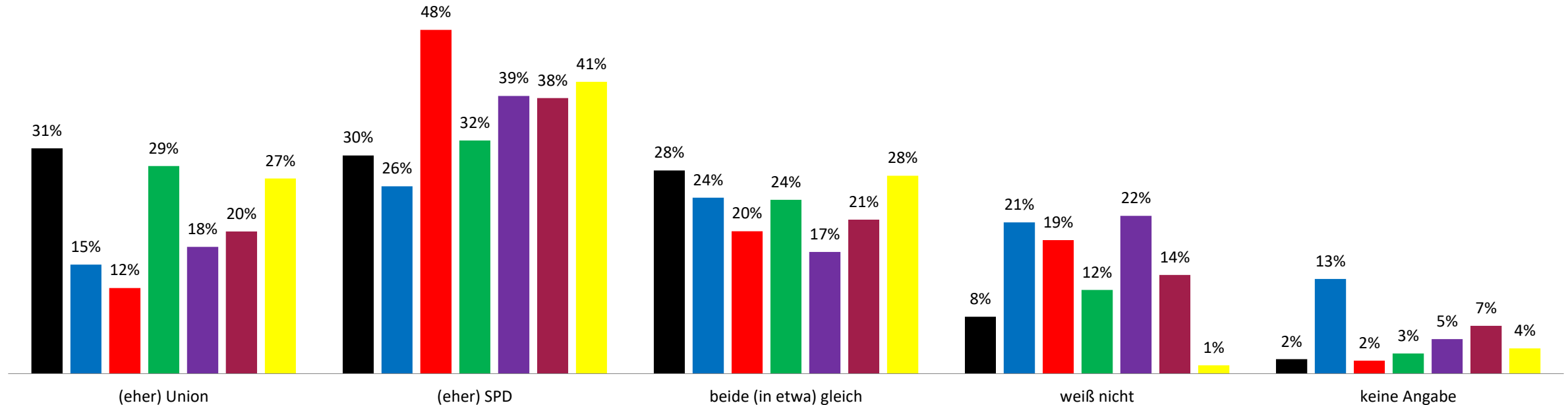


Während BSW*-Wähler zwischen Union (33 %) und „beide (in etwa) gleich“ (34 %) gespalten sind, glauben alle anderen Wählergruppen mehrheitlich, dass sich die Union in der Migrationspolitik durchsetzt, wobei dieser Anteil bei FDP*-Wählern am höchsten ausfällt (56 zu 25 – 49 %).

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

Rente

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*

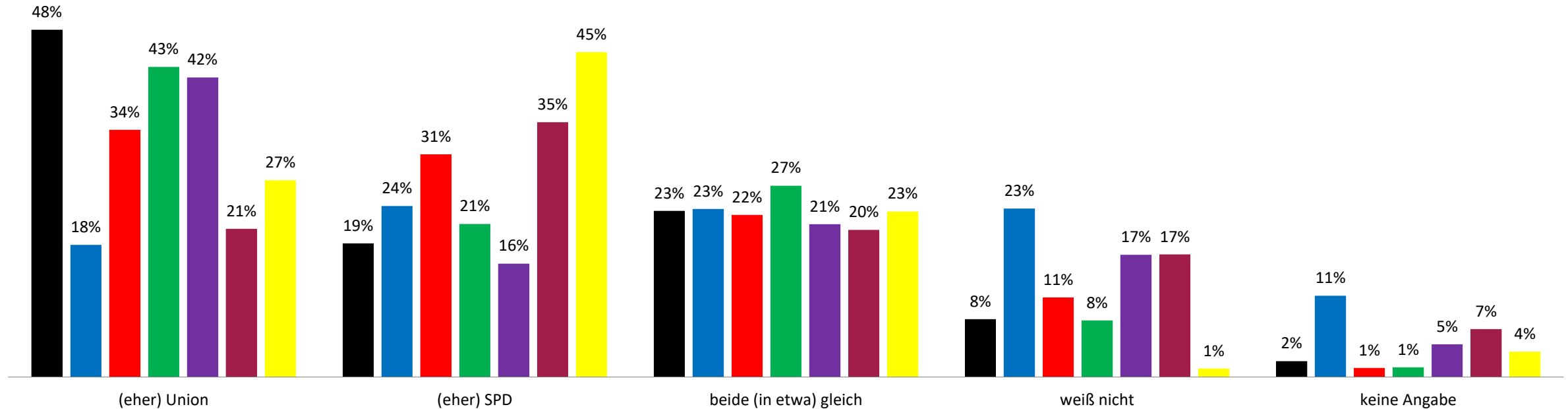


Eine Dominanz der SPD in der Rentenpolitik sieht nicht nur die eigene Wählerschaft (48 %) mehrheitlich, sondern auch jene der FDP* (41 %), der Linkspartei (39 %), des BSW* (38 %) und der Grünen (32 %) jeweils zumindest knapp relativ-mehrheitlich. Wähler der Union sind zwischen der SPD (30 %) und der Union selbst (31 %) gespalten und jene der AfD zwischen der SPD (26 %) und beiden gleichermaßen (24 %).

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

Steuern und Finanzen

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*

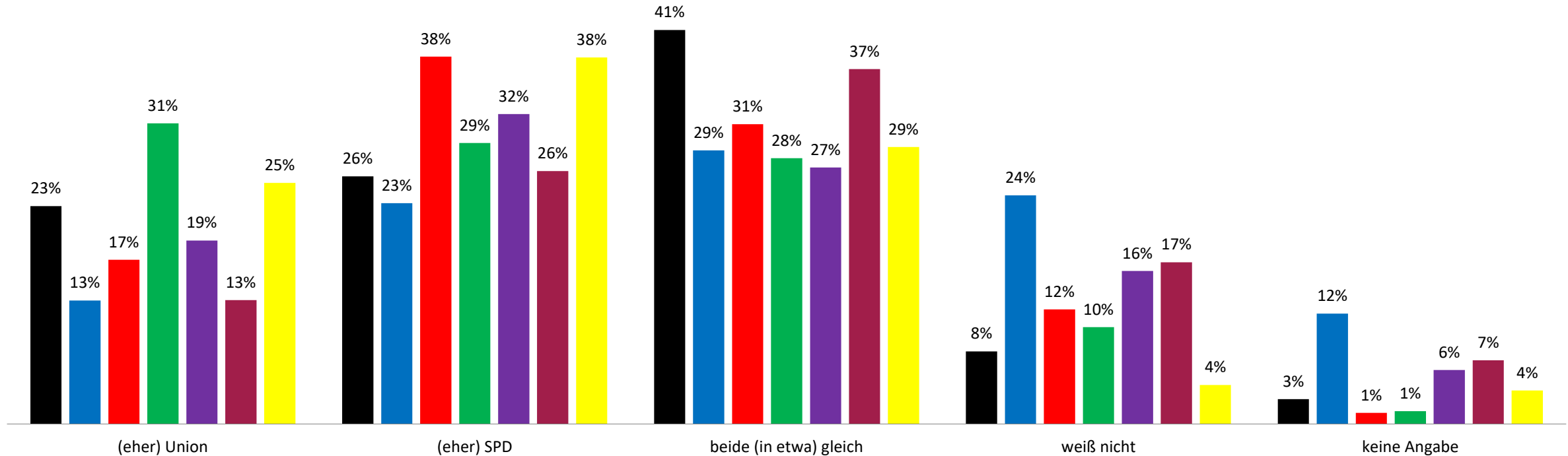


In der Steuer- und Finanzpolitik setzt sich momentan nach Ansicht der Union- (48 %), Grünen- (43 %), Linke- (42 %) und SPD-Wähler (34 %) jeweils zumindest knapp relativ-mehrheitlich eher die Union durch. Wähler des BSW* (35 %) und der FDP* (45 %) sehen hingegen mehrheitlich die Union vorne und AfD-Wähler sind zwischen der SPD (24 %), beiden gleichermaßen und „weiß nicht“ (je 23 %) gespalten.

Setzt sich Ihrer Meinung nach im Regierungshandeln in den folgenden Bereichen eher die Union oder die SPD durch?

Umwelt und Klima

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW* ■ FDP*



Die Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung trägt nach Ansicht der SPD-, FDP*- (je 38 %) und Linke-Wähler (32 %) mehrheitlich die Handschrift der SPD. Wähler der Union (41 %), des BSW* (37 %) und der AfD (29 %) glauben mehrheitlich, dass sich hier keine Dominanz einer Regierungspartei zeigt und Wähler der Grünen sind zwischen der Union (31 %) und der SPD (29 %) gespalten. AfD-Wähler trauen sich hier am häufigsten keine Einschätzung zu (24 zu 4 – 17 %) und wollen am häufigsten keine geben (12 zu 1 – 7 %).

Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag des INSM

KW08 2026



INSA
CONSULERE

Feldzeit:

13.02. – 16.02.2026

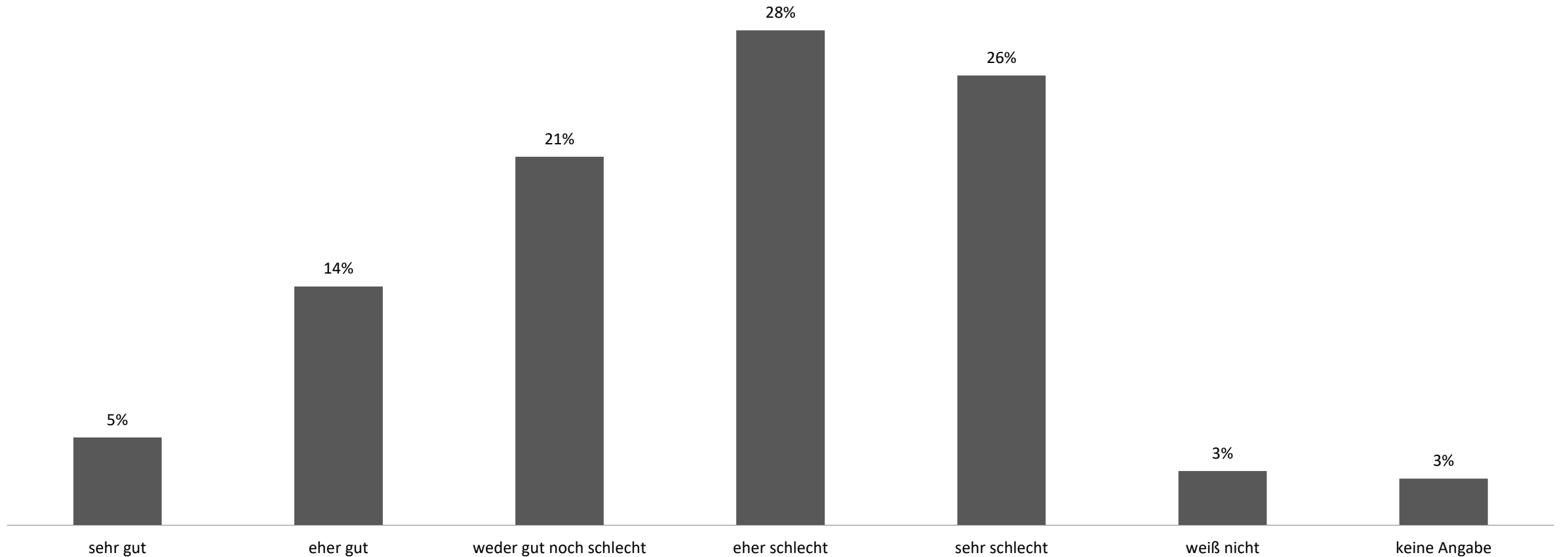
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung *INSA-Perpetua Demoscopia*.

Stichprobe:

2.002 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

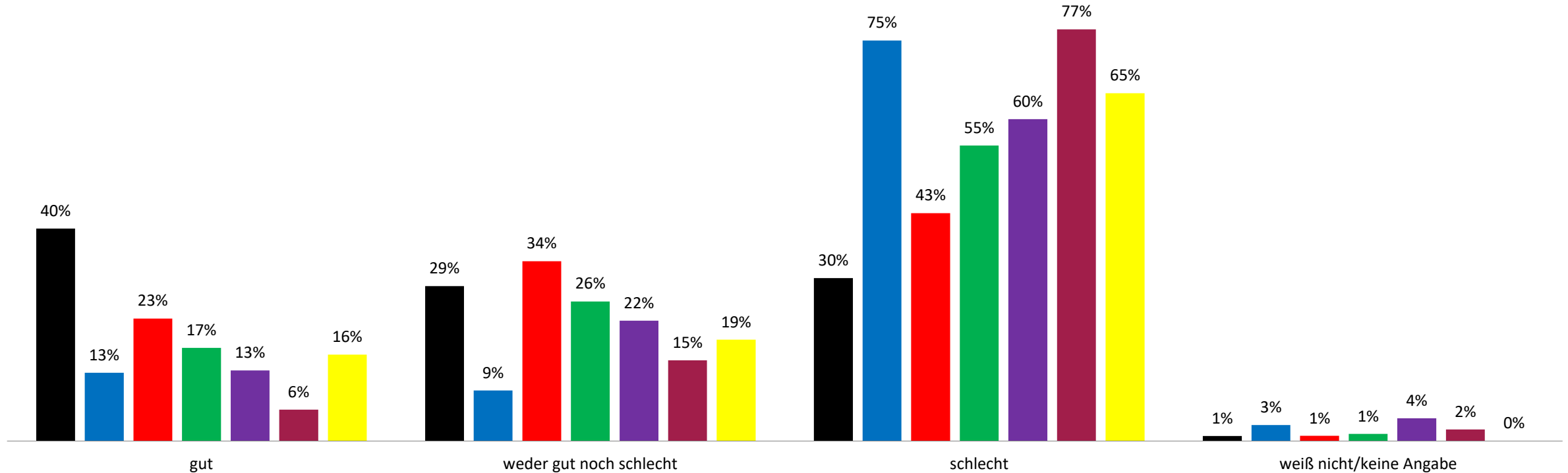
Wie bewerten Sie die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Deutschland?



Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wird vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage Deutschlands von einer absoluten Mehrheit (54 %, kumuliert) als eher (28 %) oder sehr schlecht (26 %) bewertet. Knapp ein Fünftel (19 %, kumuliert) stellt ihr hingegen ein sehr (5 %) oder eher gutes Zeugnis aus (14 %). Jeweils drei Prozent können oder wollen dazu keine Einschätzung liefern.

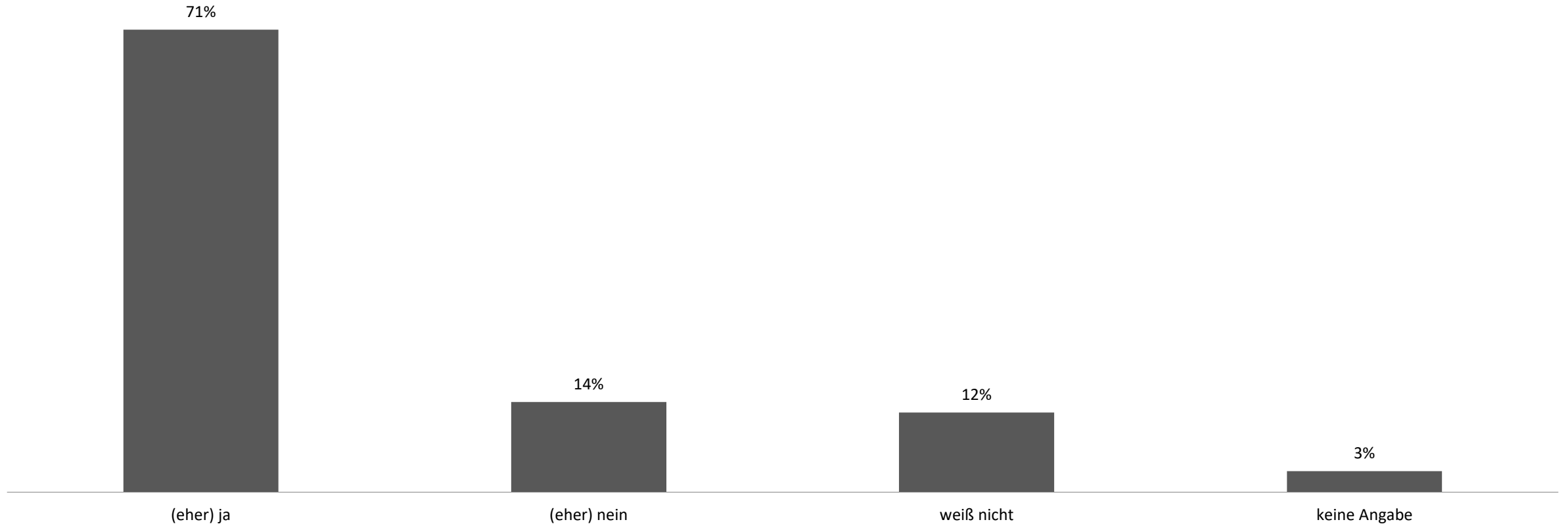
Wie bewerten Sie die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Deutschland?

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW ■ FDP*



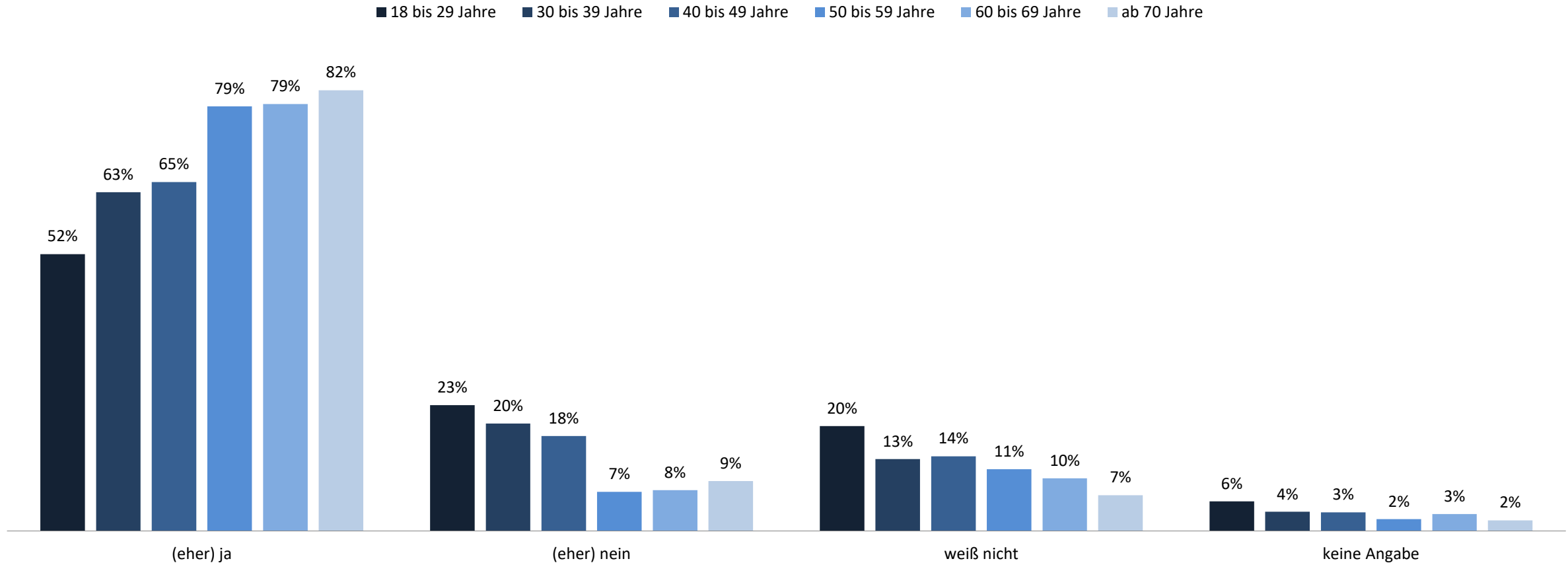
Nur Wähler der Union sind relativ-mehrheitlich und entsprechend deutlich häufiger als die restlichen Wählergruppen davon überzeugt, dass die Bundesregierung derzeit eine gute Wirtschaftspolitik betreibt (40 zu 6 – 23 %). Bei allen anderen Wählergruppen überwiegt jeweils zumindest mit einer relativen Mehrheit der Anteil derer, welche diese kritisch sehen, wobei dieser Anteil bei Wählern der SPD (43 %) am geringsten ausfällt und bei Wählern der AfD (75 %) und des BSW (77 %) höher als bei den restlichen Wählergruppen (55 – 65 %).

Braucht die deutsche Wirtschaft Ihrer Meinung nach weitreichende Reformen, um wieder auf einen Wachstumskurs zu kommen?



Die deutliche Mehrheit von 71 Prozent hält weitreichende Reformen der deutschen Wirtschaft, um wieder auf einen Wachstumskurs zu kommen, für (eher) erforderlich. 14 Prozent halten solche (eher) nicht für notwendig und zwölf Prozent wissen es nicht. Weitere drei Prozent wollen sich hier nicht festlegen.

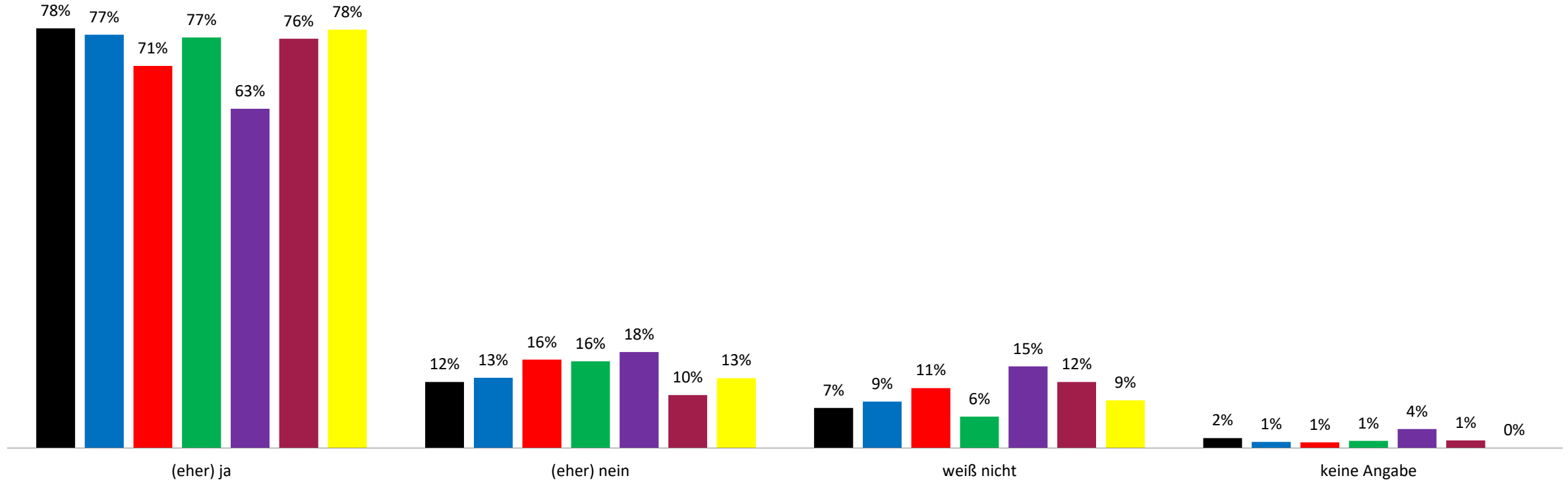
Braucht die deutsche Wirtschaft Ihrer Meinung nach weitreichende Reformen, um wieder auf einen Wachstumskurs zu kommen?



Auch wenn in allen Altersgruppen jeweils mehrheitlich der Anteil derer überwiegt, welche Wirtschaftsreformen für notwendig halten, steigt dieser Anteil mit dem Alter nochmal deutlich an: von 52 Prozent bei den jüngsten (18 bis 29 Jahre) bis auf 82 Prozent bei den ältesten Umfrageteilnehmern (ab 70 Jahre). Entsprechend gegenläufig sieht dieser Alterstrend bei jenen aus, welche solche nicht für notwendig halten, um wieder auf Wachstumskurs zu kommen (von 23 auf 7 – 9 %), und jenen, welche sich nicht trauen, hierzu eine Einschätzung zu liefern (von 20 auf 7 %).

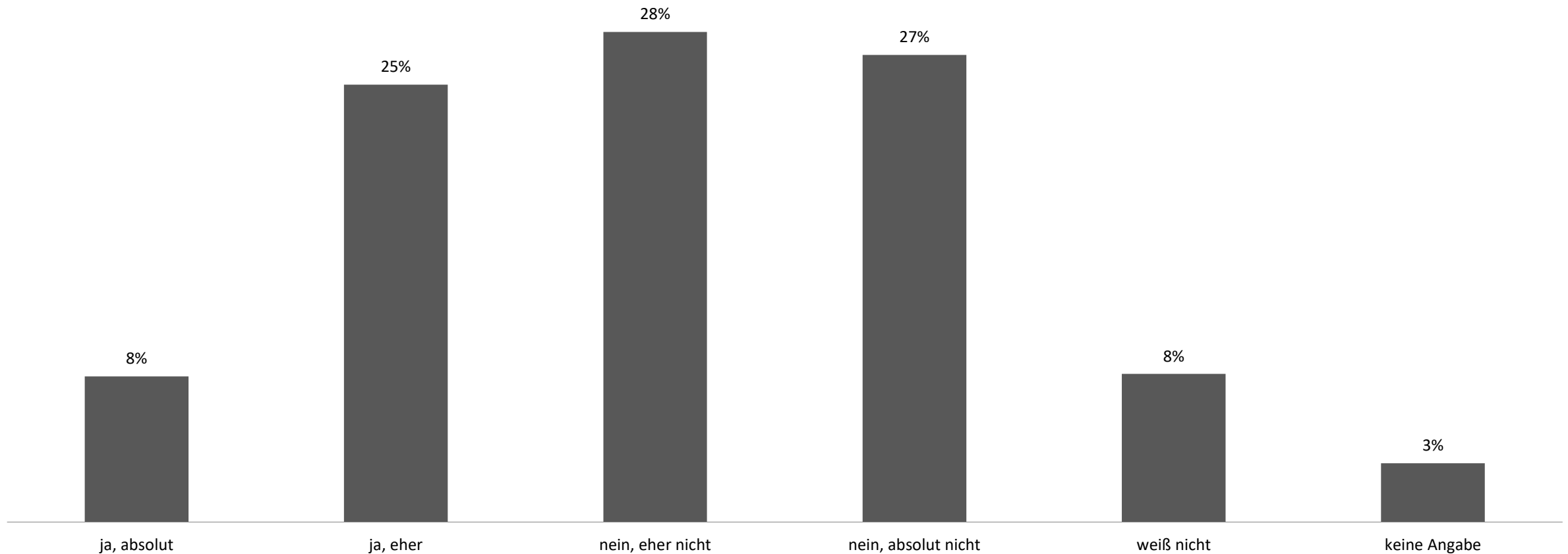
Braucht die deutsche Wirtschaft Ihrer Meinung nach weitreichende Reformen, um wieder auf einen Wachstumskurs zu kommen?

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW ■ FDP*



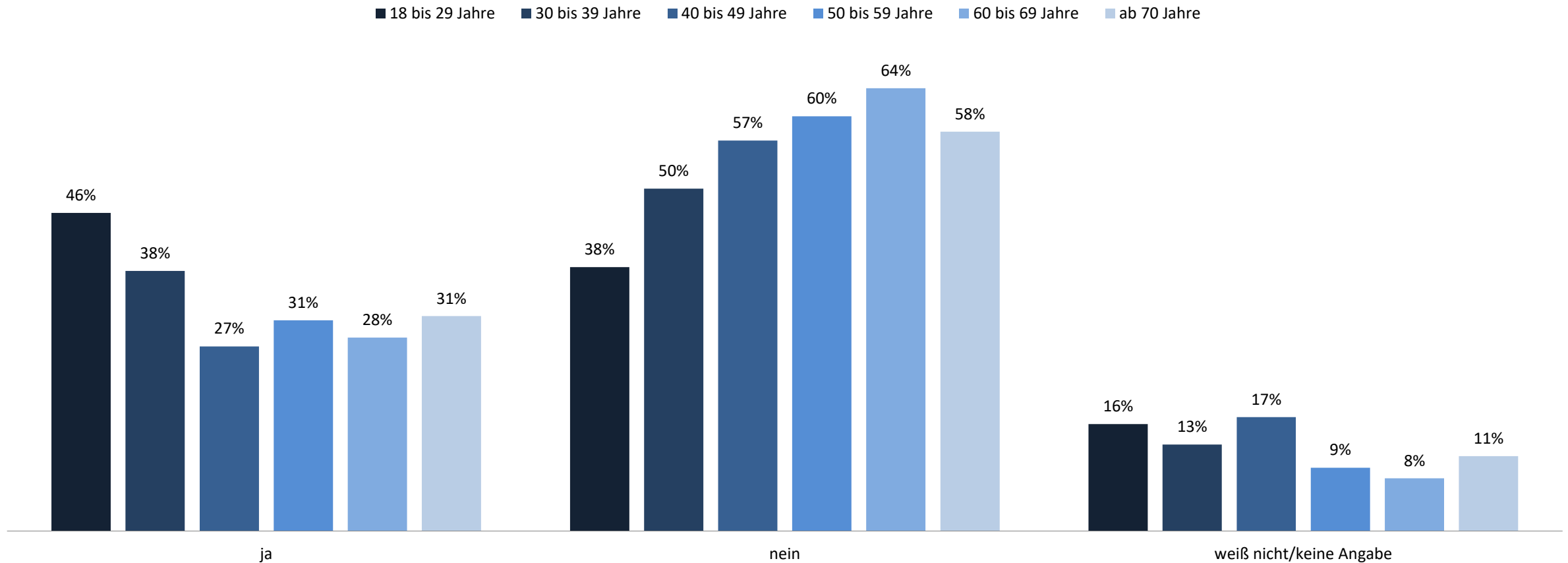
Alle Wählergruppen halten hierzu jeweils mit einer absoluten Mehrheit Wirtschaftsreformen für notwendig. Diese Anteile rangieren zwischen 63 (Linke-Wähler) und 78 Prozent (Unions- bzw. FDP*-Wähler).

Wären Sie persönlich bereit, im Zuge solcher Reformen auch spürbare Einschnitte (z. B. weniger staatliche Leistungen oder höhere Eigenbeteiligungen) in Kauf zu nehmen?



Für spürbare Einschnitte im Zuge einer grundlegenden Wirtschaftsreform wäre nur eine Minderheit von insgesamt 33 Prozent (kumuliert) eher (25 %) oder absolut (8 %) bereit. Die absolute Mehrheit von 55 Prozent (kumuliert) ist nicht persönlich dazu bereit, für eine grundlegende Reform der deutschen Wirtschaft spürbare Einschnitte in Kauf zu nehmen (28 % eher nicht, 27 % absolut nicht). Acht Prozent wissen es nicht und drei Prozent wollen dazu keine Auskunft erteilen.

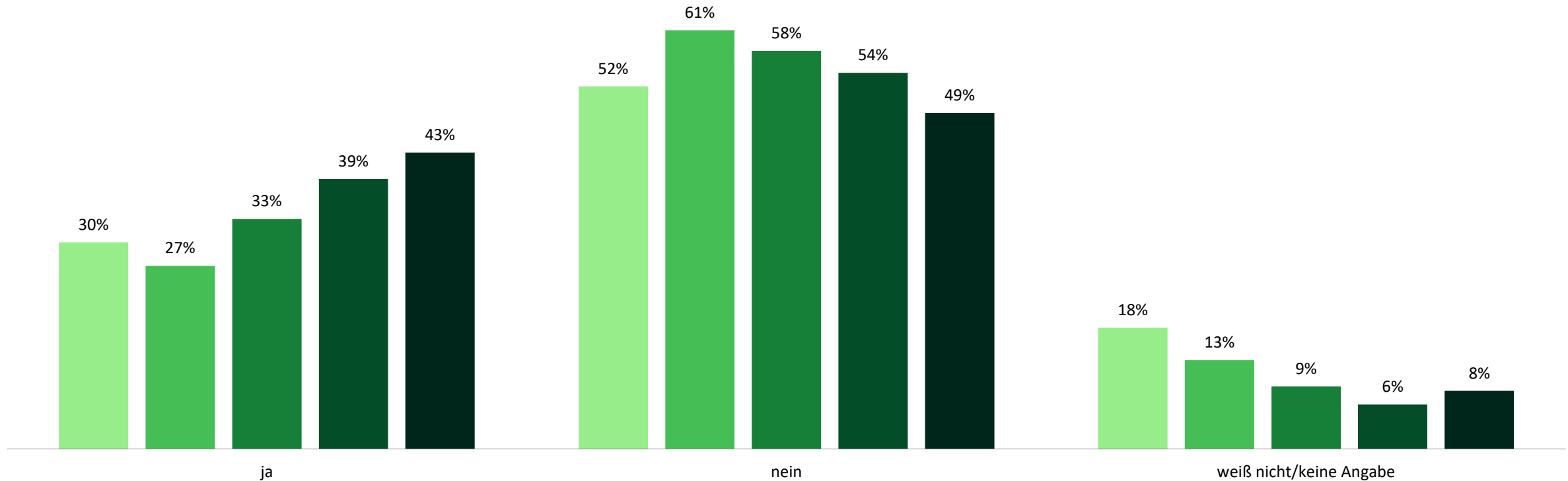
Wären Sie persönlich bereit, im Zuge solcher Reformen auch spürbare Einschnitte (z. B. weniger staatliche Leistungen oder höhere Eigenbeteiligungen) in Kauf zu nehmen?



Nur die jüngsten Umfrageteilnehmer (46 %) sind relativ-mehrheitlich dazu bereit, im Zuge einer solchen Reform auch spürbare Einschnitte hinzunehmen. Alle anderen Altersgruppen sind jeweils mit einer absoluten Mehrheit nicht dazu bereit (50 – 64 %).

Wären Sie persönlich bereit, im Zuge solcher Reformen auch spürbare Einschnitte (z. B. weniger staatliche Leistungen oder höhere Eigenbeteiligungen) in Kauf zu nehmen?

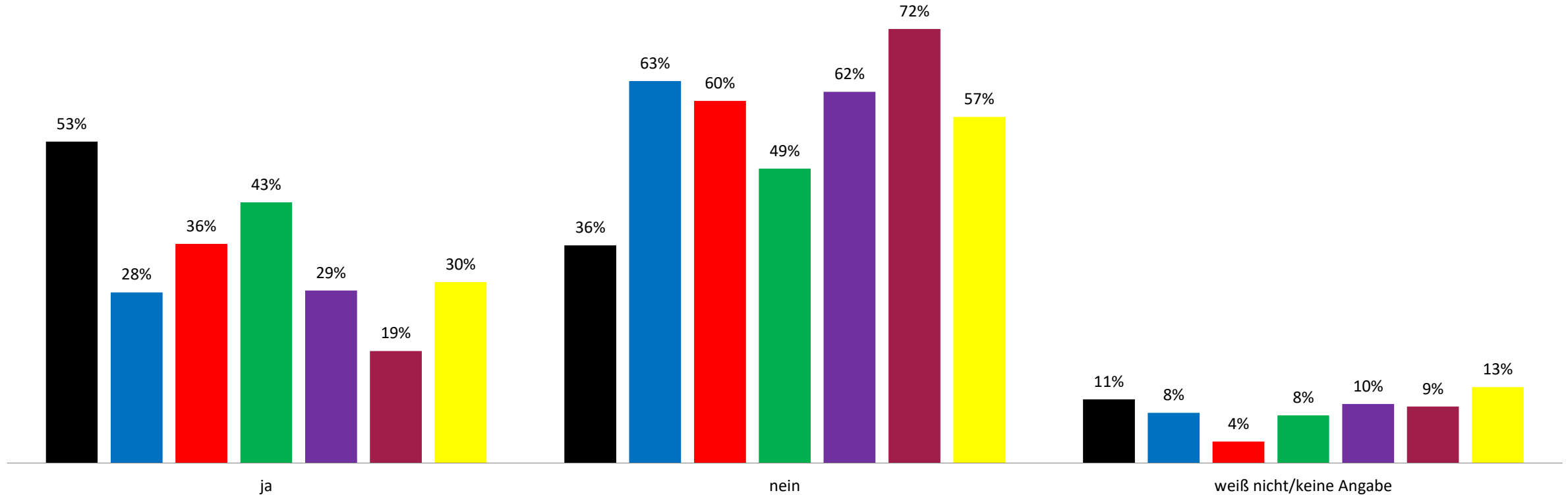
■ unter 1.000 Euro ■ zwischen 1.000 und weniger als 2.000 Euro ■ zwischen 2.000 und weniger als 3.000 Euro ■ zwischen 3.000 und weniger als 4.000 Euro ■ 4.000 Euro oder mehr



Tendenziell steigt mit dem verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen der Umfrageteilnehmer auch der Anteil derer, welche bereit sind, für eine grundlegende Wirtschaftsreform spürbare Einschnitte hinzunehmen, an: von 30 bzw. 27 Prozent bei jenen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.000 Euro bis auf 43 Prozent bei jenen ab 4.000 Euro. Allerdings überwiegt dieser Anteil in keiner Einkommensgruppe mehrheitlich. Zwischen 49 Prozent (ab 4.000 Euro) und 61 Prozent (zwischen 1.000 und weniger als 2.000 Euro) sind nicht für spürbare Einschnitte bereit.

Wären Sie persönlich bereit, im Zuge solcher Reformen auch spürbare Einschnitte (z. B. weniger staatliche Leistungen oder höhere Eigenbeteiligungen) in Kauf zu nehmen?

■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ Die Grünen ■ Die Linke ■ BSW ■ FDP*



Nur Wähler von CDU/CSU sind absolut-mehrheitlich dazu bereit, spürbare Einschnitte für eine Wirtschaftsreform hinzunehmen (53 %). Alle anderen Wählergruppen sind jeweils mehrheitlich nicht dazu bereit, wobei diese Anteile zwischen 49 Prozent (Grünen-Wähler) und 72 Prozent (BSW-Wähler) rangieren.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.